





**Wertschätzung ist schön!**

Diese Email erreichte die Geschäftsstelle Anfang des Jahres. Wir sagen danke!

Gesendet: Samstag, 1. Februar 2025 13:50  
 An: kontakt@gew-koeln.de  
 Betreff: Aw: Dammbbruch im Bundestag/  
 Gremientreffen/Veranstaltungstipps/Infos

Liebe Kolleg\*innen von meiner  
 Kölner Geschäftsstelle,

ich lese regelmäßig eure Mails und bin begeistert von eurer Arbeit, von der Vielfalt eurer Aktivitäten, euren Anschreiben, euren Presseerklärungen.

Ihr macht eine supertolle Arbeit.

Liebe Grüße

# Liebe Kolleg\*innen,

vier Wochen vor der Bundestagswahl widmete sich DIE ZEIT der Frage: „Haben Sie sich in der Ungerechtigkeit eingerichtet?“. Ideen, mit denen die immer stärkere Schieflage in Deutschland egalisiert werden kann, wurden gewälzt.

Jetzt, ein Vierteljahr später, hat das Land (und das gab es noch nie!) einen Multimillionär zum Bundeskanzler! Haben wir uns also tatsächlich in der Ungerechtigkeit eingerichtet?

Die neue Regierung in den USA ist so offen geprägt von einer Politik von Reichen für Reiche, wie selten zuvor. Mit Friedrich Merz, dem 12 Millionen Euro allein an Geldvermögen zugesprochen werden, steht nun auch der neuen Regierung in Deutschland ein sogenannter Super-Reicher vor.

Wäre nicht das erste, was zu tun wäre, die Lebensgrundlagen zu sichern und den Klimawandel irgendwie unter Kontrolle zu bekommen? Die finanziellen Mittel stünden ja zur Verfügung!

Stattdessen ist das erste, was getan wird, die Kontrollen an den Grenzen zu verstärken und unfassliche Werte in lebensfeindliche Techniken beim Militär zu stecken.

Auch DIE ZEIT scheint nicht übermäßig viel Wert auf das Thema „Gerechtigkeit“ (das sie zumindest mit dem Klimaproblem im Zusammenhang darstellt) zu legen. Es landete ganz hinten im Feuilleton.

Wir meinen, dass gerade den Gewerkschaften eine besondere Rolle zukommt, wenn es um den Schutz von Lebensgrundlagen geht: klimafreundliche Produktion, auskömmliches Leben, akzeptable Arbeitsbedingungen - all dies sind Werte, die der arbeitenden Mehrheit der Bevölkerung nutzen.

Sorgen wir also gerade in diesen Zeiten für demokratische Debatten in starken Gewerkschaftsstrukturen!

Womit wir bei uns im Kölner GEW-Stadtverband angelangt wären. Seit Ende April haben wir einen neuen und verjüngten Geschäftsführenden Vorstand (GfV), dem endlich auch wieder Mitglieder der jungeGEW angehören.

Auf mit frischem Wind und motiviert für neue Tarifrunden und zur Durchsetzung der Interessen aller Kolleg\*innen der Bereiche Erziehung und Wissenschaft!

Es grüßt euch herzlichst  
 eure „forum“-Redaktion

## forum 1-2025

<b>KONTAKTE</b>	
Gremien zum Mitmachen	4
<b>KALENDERBLATT</b>	
Auftakt zur Tarifrunde 2025	5
<b>TITELTHEMA: Demokratie stärken!</b>	
Kölner Kommunales	6
Demokratisierung der Demokratie	8
Neue Bundesregierung	12
<b>AUS DEN GREMIEN</b>	
Who was HB?	16
GEW Stadtverband Köln sucht Verstärkung	19
Köln in Leipzig	20
Neues aus dem LEMK	21
Trauer und Wut	22
<b>GESELLSCHAFT</b>	
Das Leben ist schön!	23
Wie ist das mit der AfD?	24
Vom schwarzen Felsen ins Bundeskanzleramt	28
Tunnelpläne auf der Ost-West-Achse	31
FORD-Streik	33
Der Verein EL-DE-Haus	34
<b>BILDUNGSPOLITIK</b>	
gegenWehr-Kongress	35
<b>FRIEDEN UND INTERNATIONALES</b>	
Krieg und Kürzungen	38
Solidarität mit KuK in der Türkei	38
Die Lage in Nordost-Syrien	39
<b>AKTIVE RUHESTÄNDLER*INNEN</b>	
Besuch in St. Panthaleon	40
Kölner GEW RuheständlerInnen ON TOUR	41
Älterwerden in der GEW? Diskussion	42
<b>Neues aus RheinBerg</b>	
Einladung zur MV	43
	44



Auf den Internetseiten [www.gew-koeln.de](http://www.gew-koeln.de) oder auf [ww.gew-nrw.de](http://ww.gew-nrw.de) sind weitere aktuelle Informationen, Newsletter, Kommentare und Archivmaterialien zu allen bildungspolitischen Aspekten abrufbar. Ebenso können auf der Kölner Homepage die forum-Ausgaben als pdf-Datei heruntergeladen werden.

**IMPRESSUM**

**Herausgeber**  
 Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft  
 Stadtverband Köln  
 Hans-Böckler-Platz 1  
 50672 Köln  
 Telefon 02 21 51 62 67  
 Telefax 02 21 52 54 46  
**Homepage:** [www.gew-koeln.de](http://www.gew-koeln.de)  
**E-Mail:** [kontakt@gew-koeln.de](mailto:kontakt@gew-koeln.de)  
[facebook.com/gewkoeln/](https://facebook.com/gewkoeln/)  
 Leserbriefe geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder.

**Redaktion:** Guido Schönian (verantw. Redakteur), Jutta Jilg, Stefan Schüller, Christina Krautwurst, Peter Heim und Ines Bartenstein  
**Konto:** BBBank eG  
 IBAN DE93 6609 0800 0000 8831 07  
**Druck:** Zimmermann GmbH, Köln  
**Vertrieb:** GWK, Köln  
**Layout:** Atelier Goral, Köln  
**Fotos Titelseite:** Eva-Maria Zimmermann, Nicola Dichant, Andrea Matzner, Nina Goerges und Peter Heim



# Arbeitsgremien zum Mitmachen!

## FACHGRUPPEN

Jedes Mitglied ist aufgrund seines Tätigkeitsfeldes einer Fachgruppe zugeordnet. Die Fachgruppen vertreten die Interessen ihrer Mitglieder und unterstützen die Kolleg\*innen.

## BERUFSSKOLLEG

Jörg Buschmann, 01577-9039204, joerg.buschmann@gew-nrw.de

Thomas Wesseler, 0241-911326, thomaswesseler@arcor.de

## ERWACHSENENBILDUNG

Dr. Lioba Waleczek  
liobawaleczek@web.de

Klaus Mautsch,  
klaus@mautscherholz.de

## GESAMTSCHULE

Eva Caspers  
eva.caspers@gew-nrw.de

Nick Bauermeister  
nick.bauermeister@gew-nrw.de

## GRUNDSCHULE

Thorsten Albersmann, 0152-27651693  
thorsten@albersmann.koeln

Katja Nielsen, 0221-5506556  
katja.nielsen@gmx.de

## GYMNASIUM

Dr. Alexander Fladerer, 0221-4305633, fladerer@ish.de

Heike Wichmann, 0221-422354,  
heike.wichmann@gmx.net

Andreas Haenlein,  
0221-9458678,  
andreas.haenlein@yahoo.de

Gudrun Skeide-Panek,  
02232-29833,  
skeide\_panek@web.de

## HAUPTSCHULE

Hakan Türken  
hakan.tuerken@gmx.net

Claudia Seidel,  
claudia.seidel1209@googlemail.com

## HOCHSCHULE UND FORSCHUNG

Mirjam Berg  
mrjmberg@gmail.com

Sonja Gaedicke  
sonjagaedicke@gmail.com

Sarah Karim  
sarah.karim@gmx.de

Ulrike Wesch  
ulrikewesch@posteo.de

## REALSCHULE

Katrin Reininghaus, 0221-331647  
katrin.reininghaus@online.de

Karen Kiethe  
karenkiethe@gmail.com

## SONDERPÄDAGOGISCHE BERUFE

Timo Hemmesmann,  
timohemmesmann@gmx.de

Maren Bennemann,  
maren.bennemann@gew-nrw.de

## SOZIALPÄDAGOGISCHE BERUFE/KITA

Rainer Alfter,  
rainer.jettke@koeln.de

## AUSSCHÜSSE

Ausschüsse bieten Foren für diejenigen, die sich für die Belange einer bestimmten Personengruppe einsetzen möchten.

## AKTIVE RUHESTÄNDLER\*INNEN

Silke Weinberger-Brümmer,  
0221-763379,  
nc-weinbesi2@netcologne.de

Nanny Gatzen-Stadter  
Nanny.Gatzen-Stadter@t-online.de  
0173-2847107

## ANGESTELLTE LEHRKRÄFTE

Henning Frey,  
henning.m.frey@web.de

Julian Gürster  
julianguerster@gmx.de

## QUEER

Bodo Busch, 0221-9232930,  
bodo.busch@netcologne.de

Björn Kiefer, 0170-9913326,  
b.kiefer1@gmx.de

## JUNGE GEW/STUDIERENDE

Till Struve  
Marian Bäcker  
jungegew-koeln@gew-nrw.de

## LEHREN UND ERZIEHEN ZUR MEHRSPRACHIGKEIT IN KÖLN (LEMK)

Silvia Treder,  
treder.silvia@gmail.com

Hasan Taşkale  
Telefon: 0177-2403581  
kontakt@gew-koeln.de

## OFFENER GANZTAG

Alexandra Klöckener,  
a.kloekener@online.de

Marcel Wilmes  
marcel.wilmes@gew-nrw.de

## ARBEITSKREISE

Arbeitskreise ermöglichen den kollegialen Erfahrungsaustausch zu aktuellen berufsbezogenen und sozialpolitischen Themen.

## SCHULENTWICKLUNG KÖLN

Prof. Dr. Anne Ratzki  
T: 0221-684871  
E-Mail: annrat@gmx.de

Klaus Minartz, 0221-526722,  
klaus.minartz@gmail.com

Stefan Schüller-Breu,  
stefan.schueller@gmx.net

## FRIEDEN & INTERNATIONALES

Peter Heim  
peter.heim@posteo.de  
0221-94658008

Christina Krautwurst  
chrissy7@gmx.de

## ARBEITSGRUPPE ARBEITS- UND GESUNDHEITSSCHUTZ

Katrin Leineweber  
katrin.leineweber@googlemail.com

Elisabeth Sussiek-Sorajic  
elisabeth.sussiek-sorajic@gew-nrw.de

Michael Pfennig  
michael@pfennig.nrw

# Tarifkonferenz TV-L – Wir bereiten die Länder-Tarifrunde vor – mit Rat und Tat für Tarifbeschäftigte!

Alle interessierten GEW-Mitglieder sind herzlich eingeladen sich bei der Tarifkonferenz zur TV-L aktiv an der Vorbereitung der Tarifrunde zu beteiligen. // **GEW NRW**

## Donnerstag, 26. Juni 2025, 10.00 bis 15.30 Uhr in Oberhausen

(Nach § 29 Abs. 4 TV-L können Schulleitungen Sonderurlaub für gewerkschaftliche Zwecke genehmigen)

Du bist tarifbeschäftigte Lehrkraft, Fachkraft im multiprofessionellen Team (MPT-Kräfte), sozialpädagogische Fachkraft in der Schuleingangsphase, Schulsozialarbeiter\*in oder Alltagshelfer\*in in einer Schule? Oder arbeitest du an einer Hochschule? Oder in einem anderen Bereich im Länderdienst?

Für einen ersten Austausch lädt die GEW NRW ihre Mitglieder am 26. Juni 2025 zur Tarifkonferenz in die Luise-Albertz-Halle in Oberhausen ein. Gemeinsam mit der Leiterin der Tarif- und Beamt\*innenabteilung des GEW-Hauptvorstandes, Annett Lindner, sowie unserer Landesvorsitzenden Ayla Çelik wollen wir mit euch über mögliche Forderungen zu Entgelterhöhungen oder auch mögliche Entlastungen, die sich tarifvertraglich regeln lassen, diskutieren. Außerdem bieten wir an diesem Tag Workshops zu verschiedenen Tarifthemen an.

## Programm

ab 9.30 Uhr	Ankommen
10:00 Uhr	Begrüßung durch Ayla Celik, Vorsitzende der GEW NRW
10.15 Uhr	Input: Wie funktionieren Tarifverhandlungen?
10.45 Uhr	Input: Wo stehen wir aktuell und was sind die Rahmenbedingungen für die kommende Tarifrunde? Annett Lindner, Leiterin Tarif- und Beamt*innenpolitik der GEW
11.15 Uhr	Pause
11.30 Uhr	Diskussion
12.30 Uhr	Mittagessen
13.30 Uhr	Arbeitsgruppen – Bitte gebt bei der Anmeldung eine Arbeitsgruppe und zusätzlich eine Ersatzarbeitsgruppe an. Wir werden versuchen euren ersten Wunsch einzuhalten, sollten die Gruppen allerdings zu groß werden, müssen wir ggf. auf euren zweiten Wunsch zurückgreifen.

## Arbeitsgruppen

- Infos und Austausch für tarifbeschäftigte Lehrkräfte (mit 1. und 2. StEX, Seiteneinsteiger\*innen, Werkstatt- und Fachlehrer\*innen)
- Infos und Austausch für Schulsozialarbeit\*innen/ MPT-Kräfte/ sozialpädagogische Fachkräfte in der Schuleingangsphase/ Alltagshelfer\*innen
- Infos und Austausch für studentische Beschäftigte (Stichwort: TV Stud)
- Infos und Austausch für Tarifbeschäftigte an Hochschulen
- Infos und Austausch für HSU-Lehrkräfte
- Infos zur Rente

15.30 Uhr Ende der Veranstaltung

## Kosten

Die Veranstaltung selbst ist kostenfrei. Wegen möglicher Fahrtkosten spricht ihr am besten eure Fachgruppen vor Ort an.

## Anmeldung

Anmeldeschluss: 05.06.2025

Einfach anmelden über OR-Code



Der Termin im Netz zu finden unter [gew-nrw.de/gewerkschaft/termine](http://gew-nrw.de/gewerkschaft/termine)

## Unser ONLINE-KALENDER

Alle GEW-Termine im Überblick – leicht über unsere Homepage per Klick zu erreichen ([gew-koeln.de](http://gew-koeln.de))!



# 11 Fragen der GEW Köln an die Kandidat\*innen zur Oberbürgermeisterwahl



**Lars Wolfram, Volt:** Ich würde Gertrud „Mucki“ Koch vorschlagen. Sie war eine junge Kölnerin, die sich während der NS-Zeit als Edelweißpiratin mutig dem Regime widersetzt hat. Mit ihrem Engagement hat sie nicht nur für Freiheit und Gerechtigkeit gekämpft, sondern auch gezeigt, wie wichtig Zivilcourage gerade in dunklen Zeiten ist. Gertrud Koch wäre ein starkes Vorbild für Schülerinnen und Schüler, weil sie beweist, dass auch junge Menschen Verantwortung übernehmen und etwas bewirken können – selbst unter widrigsten Umständen. Ihr Name stünde für Mut, Zusammenhalt und die Überzeugung, dass man für seine Werte einstehen sollte, auch wenn es gefährlich ist. Solche Vorbilder können Schüler\*innen inspirieren, aktiv Verantwortung für sich selbst und die Gesellschaft zu übernehmen.



**Torsten Burmester, SPD:** Das naturwissenschaftliche Gymnasium in Remscheid, das ich besuchte habe und auf dem ich Abitur gemacht habe, hieß Leibniz-Gymnasium. Ob ich daran etwas ändern würde, habe ich mir noch nie überlegt. Wenn ich aber als Oberbürgermeister von Köln für eine neue Schule in unserer Stadt einen Vorschlag machen könnte, dann würde ich sicherlich Elisabeth Selbert (1896 – 1986) vorschlagen – eine der nur vier Frauen im 65-köpfigen Parlamentarischen Rat, der unser Grundgesetz erarbeitet hat. Sie hat maßgeblich dafür gesorgt, dass die Gleichberechtigung von Frauen und Männern im Grundgesetz verankert und der Satz „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ in Artikel 3 Absatz 2 des Grundgesetzes aufgenommen wurde. Sie steht für demokratische Erneuerung, soziale Gerechtigkeit und politische Beharrlichkeit – Werte, die ich auch Schüler\*innen mit auf den Weg geben möchte.



**Berivan Aymaz, Grüne:** Wenn ich meiner alten Schule einen neuen Namen geben müsste, würde ich sie nach Gertrud „Mucki“ Koch benennen. Die Kölnerin stellte sich als junge Frau mutig gegen das nationalsozialistische Regime und riskierte ihr Leben für Freiheit und Würde – Werte, die heute wichtiger sind, denn je. Ihr Engagement in der Widerstandsgruppe Edelweißpiraten und ihr Einsatz nach dem Krieg machen sie zu einer echten Kölner Heldin. Gerade heute, wo Demokratie, Vielfalt und Menschenrechte wieder unter Druck geraten, brauchen wir solche Vorbilder. Eine Schule, die ihren Namen trägt, wäre nicht nur eine Würdigung ihres Mutes, sondern auch ein starkes Zeichen: gegen Ausgrenzung, für Zivilcourage und für den Schutz unserer offenen Gesellschaft. Sie würde junge Menschen ermutigen, Haltung zu zeigen und unsere Stadt aktiv mitzugestalten.

Fotos: Parteien/Kandidaten; Benno Klandt (Foto: Mörter)



**Volker Görzel, FDP:** Ich würde mich für Friedrich List entscheiden. Er gilt als einer der wichtigsten Vertreter einer wirtschaftspolitischen Schule, die stark auf wirtschaftliche Entwicklung und Modernisierung setzte – besonders durch Infrastruktur (z.B. Eisenbahnbau), Bildung und wirtschaftliches Wachstum. Er war davon überzeugt, dass wirtschaftlicher Fortschritt für den sozialen Aufstieg breiter Bevölkerungsschichten sorgt, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. In einer Zeit, in der Chancengerechtigkeit wichtiger ist denn je, brauchen wir Vorbilder, die Mut zur Innovation und individuelle Entfaltung verkörpern – und List ist dafür genau die richtige Wahl.



**Markus Greitemann, CDU:** Ich würde der Schule den Namen des kürzlich verstorbenen Papstes „Franziskus“ geben. Papst Franziskus war für alle Menschen da, insbesondere für die, die am Rande der Gesellschaft leben mussten. Das ist gerade in unserer heutigen, schnelllebigen Zeit ein wichtiges Signal für die Gestaltung unserer Gesellschaft und des Miteinanders. Ich bin der Meinung, wir brauchen wieder mehr starke Vorbilder dieser Art, die unsere Gemeinschaft positiv prägen und an die wir uns u.a. auch als Namenspatronen aktiv erinnern.



**Inga Feuser, Gut und KlimaFreunde:** Ganz klar: die „Siegfried-und-Joy-Schule“! Warum? Niemand kann zur Zeit besser die Menschen überraschen, neugierig machen und zum Lachen bringen. Aus der Neurowissenschaft wissen wir, dass Lernen genau so am besten funktioniert: mit Neugier und Freude. Sie begeistern Menschen für eine spannende Form von Kultur und Kreativität und verbinden dies mit einer klaren Haltung gegen Rechts-extremismus und für Demokratie.

Die vollständigen Interviews finden sich auf unserer Homepage: <https://koeln.gew-nrw.de/neuigkeiten/detail/unsere-fragen-an-die-ob-kandidatinnen>. Oder folgt hierfür einfach dem QR-Code. Dort werden auch Interviews veröffentlicht, die erst nach unserem Redaktionsschluss geführt werden konnten. Hinweis hierzu: Die Bewerbungsfrist für die Kommunalwahlen war zum Redaktionsschluss noch nicht abgelaufen.



## DIE FRAGE 1:

**Nehmen wir an, Ihre alte Schule soll einen neuen Namenspatron bekommen. Wen würden Sie aus welchen Gründen vorschlagen?**



**Hans Mörter, parteilos:** „Schnüsse Tring“, Katharina Stockhausen. Sie war Mitte des 19. Jahrhunderts eine Kölner Dienstmagd und zeichnete sich als Kölner Original aus. Selbstbewusst mit eigenem Kopf ganz klar, ließ sie sich nicht fremdbestimmen. Der Dienstherrschaft trat sie Auge in Auge unbeugsam mit starkem Rückgrat entgegen. Der Kölner Komponist Joseph Roesberg widmete ihr 1859 sein Lied „Schnüsse Tring“. In Ossendorf ist sie mit einem Brunnen verewigt. Schüler\*innen sollten durch ihr Beispiel gestärkt und ermutigt werden, sie selbst zu sein, zu sich zu stehen – frei von Angst gegenüber Stärkeren oder Mächtigen.



**Roberto Campione, StadtGesellschaft:** Ich bin auf das Johann-Gottfried-Herder Gymnasium in Buchheim zur Schule gegangen. Der neue Namenspatron wäre Ludwig Sebuse. Eine Würdigung anlässlich seines 100. Geburtstags im September diesen Jahres. Es wäre angemessen zu Lebzeiten Danke sagen zu können. Er ist für Generationen ein Komponist und Textdichter, der in Köln seinesgleichen sucht. Er ist ein Urgestein und Zeitzeuge dieser Stadt und ein Mahner der Geschichte. Er ist Humorist, stetiger Helfer und für viele Menschen ein Vorbild, inklusive mir. Dabei war er sein Leben lang immer bescheiden. Ich würde einfach nur Danke sagen wollen.

**Heiner Kokerbeck, Linke:** Schulen müssen nicht unbedingt nach Personen benannt werden. Es gibt sehr gut arbeitende und erfolgreiche Schulen, die dies nicht getan haben. Eine Person im Schulnamen kann aber die Identität und das Leitbild einer Schule stärken. Entschliebt sich eine Schule für eine Namensgebung, dann sollte ein breit getragener, sorgfältiger Entscheidungsprozess „von unten“ folgen. Denn Schüler\*innen, Lehrende und Eltern müssen in der Folge den Schulnamen in der täglichen Arbeit mit Leben füllen. Wenn meine alte Schule die „Ehemaligen“ fragte, würde ich die Edelweißpiratin Gertrud Koch oder die Schriftstellerin Irmgard Keun vorschlagen. Beide waren Kölnerinnen, Gegnerinnen von NS-Regime und Krieg. Sie setzten sich für ein freies und selbstbestimmtes Leben ein, in unterschiedlicher Weise für Demokratie und soziale Gerechtigkeit. Sollte ich zum Oberbürgermeister gewählt werden, würde ich jedoch keinen Vorschlag äußern.





## Demokratisierung der Demokratie – Ziel und Inhalt politischer Bildung gegen den Rechtsrutsch

// Sascha Regier, Lehrer am Heinrich-Mann-Gymnasium in Köln-Chorweiler, Mitglied der GEW-Köln und des Referats Gewerkschaftliche Bildung der GEW NRW

**W**ie gefährdet die einst als stabil geltenden demokratischen Institutionen sind, zeigt sich gegenwärtig in den USA. Trumps Angriff auf die Judikative und die Gewaltenteilung sollten als Warnruf verstanden werden, da es auch hierzulande die AfD auf die Beeinflussung des Bundesverfassungsgerichtes abgesehen hat. Es wird sich zeigen, wie „wehrhaft“ die Demokratie in Deutschland ist. Allgemein lässt sich auf Grund des gegenwärtigen Rechtsrutsches in der Bevölkerung konstatieren, es steht nicht gut um die Demokratie in Deutschland.

Wie geht der Staat damit um? Regelmäßig verlangen politische Parteien und Ministerien nach Demokratiebildung als Reaktion auf die nachlassende Zustimmung zur Demokratie, auch im außerschulischen Bildungsbereich. U.a. soll das 2015 vom Bundesfamilienministerium lancierte staatliche Programm „Demokratie leben!“ dazu führen, dass junge Menschen in Deutschland die Demokratie als schützenswert erachten.

Allerdings zeigt sich in diesen Programmen ein grundlegendes Problem: Nach der Logik der umstrittenen Extremismustheorie wird suggeriert, die Demokratie sei durch die extremistischen Ränder gefährdet, von der bürgerlichen „Mitte“ ginge hingegen keine Demokratiegefährdung aus, da sie die Prinzipien des liberalen Rechtsstaats vertrete. Spätestens Wilhelm Heitmeyers Langzeituntersuchungen zu den Deutschen Zuständen oder die Mitte-Studien haben diese Erzählung als Mär entlarvt. Vielmehr zeigen sie, dass sich rechtsautoritäre Einstellungen auch bei der sich als politische Mitte verstehenden Bevölkerung empirisch nachweisen lassen.

Dass die Demokratie zudem nicht nur auf der Einstellungsebene der Bevölkerung, sondern immer auch auf struktureller Ebene durch die kapitalistische Marktvergesellschaftung bedroht ist (u.a. Privatisierung, soziale Ungleichheit, Lobbyismus), wird in staatlichen Demokratieförderprogrammen zumeist ausgeblendet. Auch hier zeigen die USA hingegen durch die Person Elon Musk für alle ersichtlich, wie extrem konzentriertes Vermögen zu demokratisch nicht legitimiertem politischen Einfluss führt.

### Verteidigung der Demokratie – Analyse ihrer Misstände

Auch aus einer bildungsgewerkschaftlichen Perspektive ist deutlich hervorzuheben, dass die gegenwärtige Demokratie zu verteidigen ist und der Bildung dabei eine gewichtige Rolle zukommen muss. Sich der Gefährdung der Demokratie durch den zunehmenden Rechtsextremismus und die Prinzipien kapitalistischer Marktvergesellschaftung zu stellen, sollte daher auch für die schulische politische Bildung grundlegend sein, nimmt es die Schule mit ihrem demokratischen Bildungsauftrag ernst.

Leider haben die meisten politikdidaktischen Ansätze hier gravierende Probleme: Sie hinken den rasanten gesellschaftlichen Entwicklungen hinterher und können diese mit ihren Inhalten analytisch nicht einfangen, geschweigen denn etwas auf der Praxisebene dazu beitragen, die hieraus resultierenden Verwerfungen zurückzudrängen. Dies lässt sich vor allem auf ihr staatszentriertes Demokratieverständnis zurückführen.

Demokratie wird inhaltlich überwiegend als repräsentative Demokratie und damit im Sinne einer politischen Herrschaftsform begriffen und vermittelt. Diese umfasst u.a. Parlamentarismus, Parteien und Rechtstaatlichkeit. Dabei steht das Erlernen der bestehenden demokratischen Institutionen im Vordergrund und nicht die politische Frage, welche Bereiche der Gesellschaft zu demokratisieren sind. Über Möglichkeiten der demokratischen Ergänzung zum Parlamentarismus, wie u.a. Wirtschaftsdemokratie, soziale Demokratie und gesamtwirtschaftliche Mitbestimmung wird geschwiegen.

**Leider haben die meisten politikdidaktischen Ansätze hier gravierende Probleme: Sie hinken den rasanten gesellschaftlichen Entwicklungen hinterher und können diese mit ihren Inhalten analytisch nicht einfangen, geschweigen denn etwas auf der Praxisebene dazu beitragen, die hieraus resultierenden Verwerfungen zurückzudrängen.**



### Lektüretipp:

**Sascha Regier:** Den Staat aus der Gesellschaft denken. Ein kritischer Ansatz der Politischen Bildung“ <https://www.transcript-verlag.de/media/pdf/aa/84/15/oa9783839464373.pdf>



Das Thema „Mitbestimmung“ wird lediglich – wenn überhaupt – im gewerkschaftlichen Kontext gestreift. Nicht nur ist dieser konservative Ansatz (Lernen des Bestehenden zu seiner Bewahrung) an sich für eine (politische) Bildung problematisch, der es um die Demokratie als gesamtgesellschaftliches Prinzip geht, es werden auch jüngste Forschungsergebnisse bezüglich der Akzeptanz der Demokratie in Deutschland ausgeblendet. Auf Seiten der Bevölkerung nimmt das Vertrauen in die bestehende Demokratie nämlich stetig ab. So hat die Leipziger Autoritarismus-Studie 2024 empirisch ermittelt, dass von den Befragten in Deutschland nur noch 42,3 Prozent von der „Demokratie, wie sie in der Bundesrepublik Deutschland funktioniert“ überzeugt sind.

2020 lag der Anteil noch bei 57,6 Prozent, was bereits damals besorgniserregend war. Weitere Analysen, wie die Studie Demokratievertrauen in Krisenzeiten der Friedrich-Ebert-Stiftung, zeigen detaillierter, dass die als „Arbeiter\_innenschicht“ bezeichnete Bevölkerungsgruppe der vorherrschenden Demokratie – und das bedeutet nicht der Demokratie als Idee! – überproportional weniger als die (obere) „Mittelschicht“ vertraut.

Folglich hat die Zustimmung zur Demokratie auch etwas mit der Stellung der Befragten im ökonomischen Prozess zu tun, was über die oftmals konstatierte Beziehung zwischen Politikverdrossenheit und Einkommenshöhe hinausgeht. Diese Studien belegen: Das Gefühl nicht gehört zu werden und nicht mitbestimmen zu können ist Nährboden rechtsautoritärer Einstellungen. Gerade in der Arbeitswelt herrscht ein Gefühl der Fremdbestimmung: „Nahmen 2020 nur 10 % der Befragten im Osten wahr, dass sie ‚bei Entscheidungen im Arbeitsalltag übergangen‘ werden“, waren es 2024 schon 30 Prozent.

Die Leipziger Autoritarismus-Studie kommt diesbezüglich zum Schluss: „Es ist damit zu rechnen, dass diese negativer werdenden Erfahrungen in der Form eines ‚spillovers‘ auf die politische Ebene übertragen werden.“ Als Folge würden rechtsautoritäre Parteien gewählt. Demgegenüber zeige sich hingegen, „[w]enn Beschäftigte [...] statt Un-

**Das Eigentum an Produktionsmitteln (und Aktienbesitz) beschneidet demokratische Mitbestimmung in den Betrieben im Konkreten und der Wirtschaft im Allgemeinen.**

gerechtigkeit und Frustration demokratische Handlungsspielräume wahrnehmen können, stärkt das ihre demokratischen Einstellungen und verringert das Risiko, dass in antipräsidenten Ideologien und dem Ressentiment gegen Andere Kompensation gesucht wird.“ Gerade in den Betrieben herrschen jedoch weiterhin vordemokratische Verhältnisse.

Diese Ergebnisse sollten auf die politische Bildung Auswirkungen haben. Demokratie als Selbstbestimmung ist im Betrieb – anders als im staatlichen Bereich – massiv beschnitten, was den Grundwiderspruch kapitalistischer Gesellschaft auszeichnet: Der Reichtum einer Gesellschaft wird gesellschaftlich produziert, aber privat angeeignet. Hieraus resultiert soziale Ungleichheit. Auf Seiten der Neuen Rechten im Allgemeinen und der AfD im Konkreten wird die Zunahme der (Erwerbs-)Armut hingegen nicht durch kapitalismusbedingte Klassen- und Eigentumsverhältnisse bedingt vermittelt.

Es findet vielmehr eine Ethnisierung der Gründe für die zunehmende soziale Ungleichheit statt, was fatalerweise auf Resonanz stößt. Gegen Migration und Flüchtlinge gerichtet behauptet bspw. Björn Höcke, die „Neue Soziale Frage des 21. Jahrhunderts“ sei nicht mehr die zwischen „Oben und Unten“, sondern zwischen „Innen und Außen“.

**Demokratisierung der Arbeitswelt**  
Folglich sollte die potentielle Demokratisierung der Arbeitswelt innerhalb der politischen Bildung verstärkt zum Thema gemacht werden und Demokratie nicht lediglich auf den Staat begrenzt werden, was einem liberalen Demokratieverständnis – und damit der Ideologie des Bürgertums des 19. Jahrhunderts – entspricht. Nicht nur, um dem Rechtsrutsch etwas entgegenzusetzen, sondern auch, um dem strukturellen Problem zu begegnen, dass durch das Investitionsmonopol des Kapitals gegenüber den (lohn-)abhängig Beschäftigten wesentliche Entscheidungsbereiche, die umfassende Auswirkungen auf das Kollektiv haben, der kollektiven Entscheidungsfindung entzogen sind.

Das Eigentum an Produktionsmitteln (und Aktienbesitz) beschneidet demokratische Mitbestimmung in den Betrieben im Konkreten und der Wirtschaft im Allgemeinen. Das Kernproblem liegt darin, dass die privaten Entscheidungen der Ei-

**Es findet vielmehr eine Ethnisierung der Gründe für die zunehmende soziale Ungleichheit statt, was fatalerweise auf Resonanz stößt.**

gentümer kapitalistischer Betriebe gewaltige kollektive Folgen haben, sowohl für die Arbeiter\*innen innerhalb des Betriebes als auch für die Menschen, die nicht unmittelbar vom Betrieb beschäftigt werden. Werden solche Entscheidungen also der öffentlichen Entscheidungsfindung und Kontrolle entzogen, dann wird dadurch die Demokratie beschnitten.

Nach der Schule/dem Studium finden sich die meisten jungen Menschen jedoch in Betrieben als abhängig Beschäftigte wieder, in denen sie in der Regel auf keine wirklichen Mitbestimmungsmöglichkeiten stoßen. Zudem sind immer mehr Erwerbstätige abhängig Beschäftigte, arbeiten folglich in Betrieben, in denen sie kaum mitbestimmen können. 2023 waren es 91,3 Prozent gegenüber 8,7 Prozent Selbstständigen. Ein Bewusstsein über potenzielle Demokratisierungsmöglichkeiten in der Wirtschaft durch die politische Bildung zu erlangen, würde daher einen Bereich treffen, in dem junge Menschen nach der Schule/dem Studium in der Regel einen Großteil ihrer Zeit verbringen.

**Zum Spannungsverhältnis zwischen repräsentativer Demokratie und Kapitalismus**

Für die politische Bildung muss das generelle Spannungsverhältnis zwischen repräsentativer Demokratie und Kapitalismus problematisiert werden. Dieses besteht darin, dass politische Gleichheit der Staatsbürger\*innen durch das politische Mitspracherecht (Wahlrecht und Grundrechte) die Grundlage der parlamentarischen Demokratie darstellt, jedoch sozialer Ungleichheit durch ungleiche

**Die Demokratie macht vor den Werktoeren und Bürotüren halt.**

Eigentumsrechte als Grundlage der privatkapitalistisch organisierten Wirtschaftsordnung und ihrer Produktionsverhältnisse gegenübersteht.

Knapper formuliert: In der Politik kann demokratisch mitbestimmt werden, in der Arbeitswelt nicht. Die ökonomischen Strukturen bleiben der privaten Verfügungsgewalt der Eigentümer\*innen überlassen. Zentrale Entscheidungen im Betrieb, Unternehmen und öffentlichen Dienst sind der Einflussnahme der (lohn-)abhängig Beschäftigten entzogen. Daran ändert auch die Institution der Mitbestimmung und des Betriebsrates nichts. Diese wurde 1952 durch das Betriebsverfassungsgesetz beschlossen. Das Gesetz verhinderte jedoch aufgrund des Einflusses der Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände sowie reaktionärer Kräfte in der Politik trotz mehrmaliger Novellen bis in die Gegenwart die Einführung betrieblicher Mitbestimmungsmöglichkeiten in Sektoren außerhalb der Montanindustrie (Kohle-, Stahl- und Eisenindustrie). Hier wurde 1951 eine paritätische Sitzverteilung zwischen Kapital und Arbeit in den Aufsichtsräten und damit Mitbestimmung etabliert.

In den anderen Branchen hat der Betriebsrat bis heute keine Mitentscheidungsrechte bezüglich wirtschaftlicher Angelegenheiten (z.B. Investitionsentscheidungen), sondern lediglich ein Mitspracherecht bei personellen und sozialen Entscheidungen. Dabei hat er sich zudem durch das Nachwirken nationalsozialistischer Arbeitspolitik im deutschen Arbeitsrecht am Wohl des Betriebes zu orientieren („Friedenspflicht“). Hierdurch bleiben die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse rechtlich unangetastet. Die Demokratie macht vor den Werktoeren und Bürotüren halt.

Dabei ist für die politische Bildung auch die historische Genese des liberalen Demokratiemodells zu vermitteln: Nachdem das europäische Bürgertum demokratische Mitbestimmung durch den Parlamentarismus gegen Adel und Monarchie im 17. und 18. Jahrhundert durchgesetzt hatte, beschnitt es die Ausweitung demokratischer Mitbestimmung sowohl durch die Beschränkung des Wahlrechts gegenüber der Arbeiter\*innenklasse und den Frauen als auch durch die Reduzierung der Demokratie auf den staatlichen Bereich.

Vor allem die Forderungen der Betriebsrätebewegung (betriebliche Demokratie) wurden bekämpft. Zu vergegenwärtigen, auch für die heutigen gewerkschaftlichen Demokratiebestrebungen, ist, dass Demokratisierung immer durch Klassenkämpfe um die Verteilung von Berechtigungspositionen und Rechtsansprüchen stattfand.

**Demokratisierung der Demokratie als Thema der Politischen Bildung**

Durch eine Engführung des Demokratieverständnisses werden wichtige fachdidaktische Prinzipien und Möglichkeiten der Demokratiebildung verfehlt. Einer notwendigen Kontroversität, Konflikt- und Alternativorientierung wird dies in keiner Weise gerecht. Der Bereich des Politischen wird von vornherein beschnitten. In den vorherrschenden politikdidaktischen Werken geht es ausschließlich darum, die vorhandenen Einflussmöglichkeiten und Partizipationschancen und nicht das, was darüber utopisch hinausweist, zu vermitteln.

Hier ließe sich fragen, wie Schüler\*innen ihr Verständnis von Demokratie und Gesellschaftsgestaltung entwickeln sollen, wenn sie keine ergänzenden demokratietheoretischen Vorstellungen kennenlernen und nur auf das bürgerlich-liberale Modell einer repräsentativen Demokratie eingeschworen werden? Dies läuft schlussendlich auf die Affirmation und Stabilisierung der gegebenen Herrschaftsordnung und die sie bestimmenden Herrschaftsverhältnisse (Entscheidungsmöglichkeiten in der Arbeitswelt) hinaus. Politisch ist eine solche politische Bildung nicht! Eine kritische Demokratiebildung weist darüber – notwendigerweise – hinaus.

Ihr Ziel ist es, nicht bloß die bestehende Ordnung zu lernen oder im Sinne der Demokratie-Pädagogik ein gewünschtes demokratisches Verhalten bei den Lernenden zu initiieren. „Kritisch“ bedeutet hier danach zu fragen, ob die Demokratie das einholt, was sie verspricht, also zu überprüfen, wer von

**Hier ließe sich fragen, wie Schüler\*innen ihr Verständnis von Demokratie und Gesellschaftsgestaltung entwickeln sollen, wenn sie keine ergänzenden demokratietheoretischen Vorstellungen kennenlernen und nur auf das bürgerlich-liberale Modell einer repräsentativen Demokratie eingeschworen werden?**

**Die Demokratisierung der Wirtschaft wäre hierfür als Thema Politischer Bildung grundlegend.**

demokratischer Partizipation ausgeschlossen ist und in welchen gesellschaftlichen Bereichen (Schule, Betrieb, öffentlicher Dienst, Verwaltung etc.) demokratische Mitbestimmungsmöglichkeiten nicht bzw. kaum vorhanden sind.

Gerade diese Bewusstmachung ermöglicht, potentielle Räume der Demokratisierung im emanzipatorischen Sinne sichtbar zu machen und Demokratie nicht lediglich als staatliches Organisationsprinzip, sondern gesamtgesellschaftlich zu begreifen und ggf. einzufordern. Die Demokratisierung der Wirtschaft wäre hierfür als Thema Politischer Bildung grundlegend. Daher muss es für die politische Bildung darum gehen, die kapitalismusbedingten Eigentumsverhältnisse und die Beschneidung demokratischer betrieblicher Mitbestimmung zum Thema zu machen, um über mögliche Demokratisierungsprozesse im Bereich der Wirtschaft politisch zu reflektieren.

Gerade dies ist aus einer bildungsgewerkschaftlichen Sicht zu fordern, zumal auf Seiten anderer DGB-Gewerkschaften wie der IG-Metall und ver.di das Thema „Wirtschaftsdemokratie“ wieder verstärkt thematisiert wird. Vorschläge bezüglich der Demokratisierung der Wirtschaft gibt es auf sozialwissenschaftlicher Seite zu Genüge. Als Schlagworte dienen hier u.a.: Soziale Demokratie, Wirtschaftsdemokratie, Vergesellschaftung, Wirtschaftsräte, Parlament der Firma, Partizipatorische Ökonomie, Nachhaltigkeits- und Transformationsräte, Betrieblicher Wirtschaftsrat. Damit könnte für die politische Bildung die Idee von Demokratie aus dem engen Korsett der Staatszentrierung befreit werden und auch als Möglichkeit für die arbeitende Bevölkerung debattiert werden. Die GEW sollte die Beschäftigung mit diesen Konzepten u.a. in der schulischen (politischen) Bildung, den Lehrplänen, in Lehrer\*innenfortbildungen und in Unterrichtsmaterialien konkreter einfordern.

Somit könnte durch eine kritische Demokratiebildung gegen das für rechte Narrative ursächliche Gefühl der Fremdbestimmung durch das politische Potential aktiver Mitbestimmungsmöglichkeiten angekämpft werden.

**Kein Job, kein Geld,  
kein Abschluss?  
Pech gehabt!**

Erhöhung des Mindestlohns	<b>ABGELEHNT</b>
Entwurf für mehr Arbeitsschutz in der Schlachtindustrie	<b>DAGEGEN</b>
Sozialversicherung bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, ...	<b>DAGEGEN</b>
Bürgergeld für Erwerbsslose	<b>DAGEGEN</b>
Steuerentlastung für Gutverdiener	<b>DAFÜR</b>

**Für wen macht die AfD  
wirklich Politik?**

volkswirtschaft.de/analyse/  
abstimmung-bundestag-04-02-2025



Gesehen am Bahnhof Overath am 6.5.25

## Demokratie sieht anders aus! oder: Wie mit Kriegsangst dicke Geschäfte gemacht werden...

Deutschland hat einen neuen Kanzler, den Multimillionär Friedrich Merz. Ausgerechnet mit der SPD und den Grünen wurde im undemokratischen Eilverfahren noch vor der Regierungsbildung und mit einem bereits abgewählten Bundestag eine tiefgreifende Grundgesetzänderung auf den Weg gebracht. // **Guido Schönian, Mitglied der „forum“-Redaktion**

**Bei der Bundestagswahl 2025 haben fast 50 Mio. Menschen der über 60 Mio. Wahlberechtigten ihr demokratisches Recht der Stimmabgabe in Anspruch genommen. Gut zehn Millionen nahmen sich folglich das Recht der Stimmenthaltung heraus, was nicht viel weniger entspricht als den 12 Mio., die ihr Kreuzchen bei der jetzigen Kanzler-Partei CDU gemacht haben. Der Koalitionspartner SPD kam auf rd. neun Mio. Stimmen. 29 Millionen sprachen sich somit für eine der anderen Parteien aus.**

**D**abei geht es um nicht weniger als das größte Aufrüstungsprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik. Es soll nicht nur ein neues Sondervermögen von 500 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt werden. 2024 gab Deutschland bereits 2,1 Prozent des BIP und somit über 90 Mrd. Euro für das Militär aus. Jetzt sollen auch nach oben offene Rüstungsausgaben über ein Prozent des BIP bei Umgehung der Schuldenbremse über Steuern finanziert werden. Das geht einher mit einer zunehmend aggressiveren Kriegsrhetorik.

### Entlastung für Millionen Menschen durch Multimillionär Merz und die schwächste SPD seit 1887?

Jahrelang galt das Diktat der „Schwarzen Null“, womit jede Forderung blockiert wurde, die auf Investitionen zu Gunsten der Bevölkerungsmehrheit hinausgelaufen wäre. Für Hochrüstung und Kriegsertüchtigung Deutschlands gelten indes andere Regeln. Schmachhaft gemacht wird diese teilweise Lockerung der Schuldenbremse mit einem zusätzlichen „Sondervermögen“ in Höhe von 500 Milliarden Euro für Infrastrukturprojekte von Bund und Ländern. Das kann jedoch nicht wirklich als Fortschritt bezeichnet werden, sondern vielmehr als Aufholen von schweren Versäumnissen der letzten Jahrzehnte. Und dabei mag auch dieser Infrastrukturausbau der Kriegsvorbereitung dienen, denn marode Brücken und Schienen eignen sich nicht für Waffentransporte und Truppenverlegungen... Ob und wann es zu den von so vielen dringend herbeigesehnten Sanierungen oder gar Neubauten von Krankenhäusern, Hochschulen, Schulen, Bus- und Bahn-Strecken etc. kommt? – Wer wagte es, darüber eine rechtssichere Aussage zu treffen? Krankenhäuser wurden in der jüngeren Vergangenheit nicht nur heruntergewirtschaftet, es kam sogar zu flächendeckenden Schließungen!

**Jahrelang galt das Diktat der „Schwarzen Null“, durch das jede Forderung nach Investitionen blockiert wurde, die zu Gunsten der Bevölkerungsmehrheit gewesen wären. Für Hochrüstung und Kriegsertüchtigung gelten indes andere Regeln.**

### Politisch-ökonomischer backlash

Die Schuldenbremse wurde in der Epoche des liberalen Kapitalismus eingeführt, um der Kürzungspolitik Gesetzesrang zu verschaffen und einer Politik der breiten Investitionen in Soziales, Bildung und Gesundheit einen Riegel vorzuschieben. Der Ansatz einer klassisch keynesianischen Wirtschaftspolitik war nicht mehr opportun.

Auf parteipolitischer Ebene war es (kurz gesagt) die Umstellung auf die Kürzungslogik, die der alt-ehrwürdigen Arbeiterpartei SPD immer größere Stimmenverluste beschert hat. Bei der Bundestagswahl vom 23. Februar 2025 kam sie nun auf ihr schlechtestes Ergebnis seit 1887 (als ihre Abgeordneten noch gewählt wurden, obwohl sie aufgrund der „Sozialistengesetze“ verboten war)!

### Militärpolitischer Höhenflug

Militärpolitisch hatte sich Deutschland zu Beginn des Jahrhunderts auf eine kleine schlagkräftige Berufsarmee festgelegt, die

als Junior-Partner der USA oder Frankreichs bereit war, in Out-Of-Area-Einsätze von Afghanistan bis Mali geschickt zu werden. 2011 wurde die Wehrpflicht ausgesetzt. Doch die Weltlage hat sich radikal geändert.

Inzwischen bestimmt eine scharfe Konfrontation imperialistisch agierender Blöcke die Lage, die auf Expansion ausgerichtet ist. Mit dem russischen Angriff auf die Ukraine 2022 sprach der inzwischen abgewählte Kanzler Olaf Scholz offen von der „Zeitenwende“. Quasi über Nacht wurde das 100-Milliarden-Paket für Aufrüstung geschnürt. Der Machtwechsel in Washington Ende letzten Jahres markiert eine verstärkte Neuorientierung der USA auf die Durchsetzung seiner Interessen im Alleingang und die Konzentration auf den Hauptkonflikt mit China – zu Lasten des ukrainischen Verbündeten. EU-Europa unter Führung Deutschlands und Frankreichs gerät jetzt an die vorderste Front des Kampfes gegen Russland.

**Nun sollen Krankenhäuser „kriegstauglich“ gemacht werden, um rund „1000 Schwerverletzte täglich“ versorgen zu können. Das Narrativ dabei ähnelt dem der finstersten Zeiten des Kalten Krieges, wonach „der Russe“ nur darauf warte, Europa zu überrennen.**

vgl. Ex-Bundesgesundheitsminister Lauterbach, SPD, im März 24 oder Bayerns Gesundheitsministerin Gerlach, CSU, im März dieses Jahres

**„Friedenssehnsucht ist immer gut. Aber jetzt heißt Pazifismus was anderes, nämlich verteidigungsbereit sein, aufrüsten – und zwar so, dass wir andere wirklich abschrecken.“**

W. Kretschmann, Ministerpräsident Baden-Württembergs von den Grünen, im ZDF-Interview, im April 25

### Der Staat macht Schulden, Banken und Aktionär\*innen den Reibach!

Volkswirtschaftlich bleibt die Aufrüstung nicht ohne Folgen. Unmittelbar profitiert die Rüstungsindustrie. Die Rheinmetall-Aktie geht an die Decke, ganze bisher kriselnde Industriezweige profitieren kurzfristig von Aufträgen fürs Militär oder den Infrastrukturausbau. Doch mittelfristig ist Aufrüstung extrem unproduktiv: Panzer, Kriegsschiffe, Drohnen, Kampfjets und Raketen vermehren nicht den Reichtum der Gesellschaft, schaffen keine neuen Werte.

Das Institut für Wirtschaftskraft (IfW) in Kiel schätzt in einer aktuellen Studie, dass das BIP pro Jahr um 0,9 Prozent pro Jahr steigen könnte, wenn 3,5 Prozent des BIP in die Produktion eigener europäischer Hightech-Waffen fließen. Mittel- und langfristig aber wird die gewaltige Aufrüstung die Inflation in die Höhe treiben und die Staatsverschuldung zu einem Problem machen. Hochrüstung ist gemäß der Logik der kurzfristigen Profitabilität für Investor\*innen und Konzerninteressen lukrativ, aber auf Dauer wirtschaftlich destruktiv.

Darüber hinaus ist klar: Was ins Militär fließt, fehlt an anderer Stelle. Die Bundesregierung hält in allen anderen Bereichen an der Schuldenbremse fest - die durch Schulden finanzierten Milliardeninvestitionen in die Aufrüstung und Kriegsvorbereitungen werden im Gegenzug rigide Kürzungen in allen anderen Feldern mit sich bringen. Einschränkungen beim Bürgergeld sind bereits in Planung, Angriffe auf die Rente, Feiertage oder im Gesundheitswesen können folgen. Ins Gespräch gebracht wurde bereits die mögliche Aufweichung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall ...

Staatsverschuldung im marktwirtschaftlichen Kapitalismus bedeutet, dass der Staat Kredite bei schwergewichtigen Kapitalbesitzer\*innen aufnimmt, vor allem bei Banken. Die Zinsen bedient er aus den Steuereinnahmen, die per Lohnsteuer und Verbrauchssteuern überwiegend von den arbeitenden Menschen kommen. Ist die Verschuldung hoch genug, verschiebt sich die Tilgung weiter in die Zukunft. Den Banken kann es egal sein, Hauptsache die Zinsen fließen und der Staat garantiert für die Kredite. Ohne die massive Besteuerung der Reichen und eine Vergesellschaftung von Banken wird die geplante Verschuldung für Aufrüstung und „Sondervermögen“ die Umverteilung zu Gunsten der ohnehin schon reichen und super-reichen Personengruppen massiv anfachen.

### EU wird gefährlicher ...

Tatsächlich macht die Aufrüstung die EU selbst immer gefährlicher. Das wird deutlich im EU-Weißpapier für die europäische Verteidigungsbereitschaft 2030, mit dem das Ziel von 800 weiteren Milliarden für die EU-Aufrüstung begründet wird.

Unter dem Stichwort „Stachelschwein-Strategie“ (mit „Stachelschwein“ sind die Ukrainer\*innen gemeint) heißt es darin:

„Das Ergebnis dieses Kriegs wird ein entscheidender Faktor für unsere kollektive Sicherheit in den kommenden Jahrzehnten sein. [...] die Ukraine bleibt die Frontlinie der europäischen Verteidigung und Sicherheit und ist der zentrale Schauplatz der neuen internationalen Ordnung. [...] die militärischen Mobilitäts-Korridore der EU sollten bis in die Ukraine reichen.“

Damit macht die EU deutlich, dass sie das Einfrieren des Konfliktes entlang der derzeitigen Frontlinien nicht akzeptieren will. Das Ergebnis soll verändert werden. Am Ende kann das nur bedeuten, dass sich die Regierenden in der EU und des Vereinigten Königreichs auf eine „zweite Runde“ in der Ukraine vorbereiten wollen, um die Ergebnisse zu revidieren. In diesem

Zusammenhang bekommt die von Macron und Starmer angestoßene Debatte über französische und britische „Friedenstruppen“ eine ganz andere Bedeutung.

### „Friedenstruppen“ oder „boots on the ground“?

Obwohl die Armeen der EU-Staaten sowie Großbritanniens in Bewaffnung und Truppenstärke der russischen Armee überlegen sind und die russischen Militärausgaben auch kaufkraftbereinigt unter denen der europäischen NATO-Staaten liegen, verfängt die militaristische Stimmungsmache: Verschiedene Umfragen belegen, dass eine Mehrheit Angst vor Russland hat und 76 Prozent befürworten laut ZDF-Politbarome-

ter vom 7.3.2025 mehr Investitionen in die deutsche Aufrüstung. Auch die meisten Gewerkschaftsmitglieder teilen diese Einschätzung.

### Politische Radikalisierung

Selbstverständlich ist es kein Zufall, dass in diesen, von Zuspitzung und schärferen Konflikten geprägten Zeiten auch die politische Auseinandersetzung aggressiver geführt wird.

Ein Trump agiert derart extrem und dabei orientierungslos bis widersprüchlich, dass viele seiner eigentlichen Verbündeten nur noch mit dem Kopf schütteln. Man muss ihn aber verstehen! Er begreift einfach nicht, dass man es Konzernen UND Arbeitnehmer\*innen nicht gleichzeitig recht machen kann. In seiner Realität gibt es nur „America“, das „great again“ sein soll. Dass Handels- und Zollkriege aber zu Lasten der Millionen Beschäftigten gehen, müsste ihm erst noch jemand plausibel machen (abgesehen davon, dass ihm das ziemlich egal sein dürfte!).

Nicht nur in Deutschland erstarkt logischerweise die politische Rechte, da es so einfach ist Sündenböcke zu kreieren. Bei den Nazis waren es „die Juden“ und „der Russe“, bei der AfD sind es „Kopftuchmädchen“ oder gleich „die Migrant\*innen“.

### Auswege?!

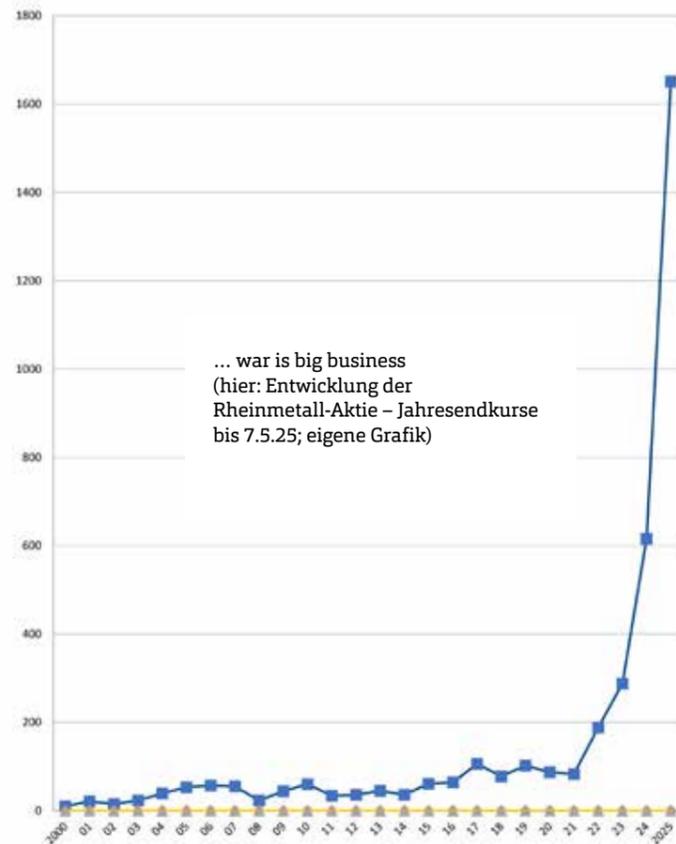
Unsere Gewerkschaften organisieren alle Kolleg\*innen einer Branche – unabhängig von Aussehen, Sprache, Geschlecht, Her-

kunft oder sexueller Orientierung. Unser gemeinsamer Nenner ist unsere Abhängigkeit vom Lohn und den Arbeitsbedingungen.

Wenn Tarifverträge aber immer längere Laufzeiten haben, bedeutet das nicht nur niedrigere Lohnzuwächse (bei gleichzeitig explodierenden Lebenshaltungskosten!), zunehmende Unzufriedenheit, Sorge und bei manchen Anfälligkeit für „einfache Lösungen“. Es führt auch dazu, dass Tarifaussinandersetzungen seltener werden und somit die Möglichkeiten der Gewerkschaften, sich als sinnhaft für noch unorganisierte Kolleg\*innen zeigen zu können. Für eine Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft entscheiden sich Beschäftigte vor allem dann, wenn sie sie als nützlich wahrnehmen. So werden wir stark für eine robuste und vielleicht noch wesentlich demokratischere Gesellschaft als sie es bisher ist!

### Es bleiben offene Fragen:

- Werden Kriege durch Aufrüstung verhindert?
- Wem nutzt, wem schadet das Hochrücken?
- Und worauf kann das in letzter Instanz hinauslaufen?
- Ist Rüstung eine Alternative, um der De-industrialisierung zu begegnen (vgl. die Beispiele Deutz AG und evtl. auch Ford)?
- Was bedeutet die Aufrüstung für uns, unsere Familien und – nicht zuletzt – für unsere Schüler- und Studierendenschaft?
- Wie sollen wir uns im Bildungssektor zur zunehmenden Kriegsrhetorik verhalten, wie zur politischen Radikalisierung?



# Die GEW und die Bertelsmann Stiftung

Leserbrief zum Themenschwerpunkt im MitgliederMagazin der GEW NRW (lautstark.04/2024)  
// von Norbert Arnold, Mitglied der GEW Leverkusen

Themenschwerpunkt in der „lautstark“ war die Ökonomisierung der Bildung, die ursächlich für viele Fehlentwicklungen im Bildungsbereich ist. Diese wird bereits seit den 1990er Jahren thematisiert, ist aber leider immer noch aktuell.

Das ist letztlich ein schlechtes Zeichen, ist es doch bisher nicht gelungen, diese Entwicklung zu stoppen.

Die im Artikel erhobene Forderung der GEW, dieser Entwicklung mit einem umfassenden Maßnahmenpaket entgegenzutreten, ist zielführend, so es denn umgesetzt wird.

Dies weist auf eine bedeutsame Lücke in der Auseinandersetzung mit der Thematik im MitgliederMagazin hin: Es fehlt eine (selbst-)kritische Aufarbeitung des bisherigen Umgangs der GEW NRW mit der Thematik und insbesondere mit der Bertelsmann Stiftung.

### BundesGEWerkchaftstag

Bereits 2009 (sic!) wurde auf dem Gewerkschaftstag der GEW Bund u. a. folgender Beschluss gefasst: „Eine über Kontaktpflege und Positionsaustausch hinausgehende Zusammenarbeit zwischen GEW und Bertelsmann Stiftung findet nicht statt.“

Begründet wurde dies u.a. mit dem Ziel der Stiftung „... die Prinzipien unternehmerischen Handelns in allen Bereichen der Gesellschaft zu verankern.“ Die bildungspolitischen Ziele seien gegensätzlich: „Leitlinie der GEW-Bildungspolitik sind Öffentlichkeit, Staatlichkeit, Steuerfinanzierung und Demokratisierung; dem stehen die Leitlinien der Bertelsmann Stiftung - Wettbewerb, Markt, Führung, Effizienz und Effektivität - diametral gegenüber.“

Dieser Beschluss ist nach meiner Kenntnis nie aufgehoben worden, gleichwohl wurde dagegen immer wieder verstoßen.

Vier Beispiele: 2016 erhielten Frank Frick, Direktor im Programm „Lernen fürs Leben“ der Bertelsmann Stiftung, und seine Kollegin Monika Fischer, Projektmanagerin im selben Programm, in der nds 11/12 die Gelegenheit, zum Thema „Digitalisierung in der Weiterbildung - Soziale Spaltung verringern“ unkommentiert für „digitale Angebote“ für „personalisierte Lernwege“ zu werben. Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass der Konzern Bertelsmann im Bereich der Digitalisierung der Bildung, in dem seine

Stiftung die Zukunft des Lehrens und Lernens sieht, massiv investiert, ist dies umso bedenklicher.

Beim Bochumer Kongress der GEW-NRW im März 2017 sollten zwei der Foren von einer Vertreterin bzw. einem Vertreter der Bertelsmann Stiftung geleitet werden.

Im Forum 1.19 „Mehr Chancengleichheit durch digitale Weiterbildung?“ war es wieder Frank Frick. Im Forum 2.5 „Kita-Qualität: Gelingensbedingungen für eine gute Qualität in der Kita“ sollte Kathrin Bock-Famulla die Bertelsmann Stiftung vertreten.

Im November 2017 erhielt Jörg Dräger von der Bertelsmann Stiftung auf Einladung der Fachgruppe Schulaufsicht der GEW NRW die Gelegenheit, vor zahlreichen Vertreter\*innen der Schulaufsichten verschiedener Bezirksregierungen zum Thema „Die digitale Bildungsrevolution - wie Internet und Big Data das Lernen verändern“ zu referieren.

In diesem Vortrag bezeichnet Dräger die Digitalisierung als Antwort auf die folgenden Herausforderungen im Bereich der Bildung: Herausforderung Masse (Der Bildungshunger wächst), Herausforderung Vielfalt (Die homogene Lerngruppe ist Illusion), Herausforderung Kosten

Wortmeldungen von Kritiker\*innen der Stiftung unter den anwesenden GEW-Mitgliedern wurden - so nicht nur mein persönlicher Eindruck - vom GEW-Moderator geflissentlich übersehen.

### LandesGEWerkchaftstag

Auf dem Gewerkschaftstag der GEW NRW 2019 stellte der GEW-Stadtverband Leverkusen, dem auch ich angehöre, u. a. den folgenden Antrag:

- Kritische Untersuchung der Aktivitäten und strategischen Ziele der Bertelsmann Stiftung im Bildungsbereich
- Der Gewerkschaftstag 2019 möge beschließen: Der Gewerkschaftstag fordert den Landesvorstand der GEW NRW auf, eine Studie, die die Aktivitäten und strategischen Ziele der Bertelsmann Stiftung vor allem im Bildungsbereich untersucht, in Auftrag zu geben und zu publizieren. Besonderes Augenmerk ist dabei auf den Bereich der Digitalisierung der Bildung zu richten.“

Es folgte eine Begründung. Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen.

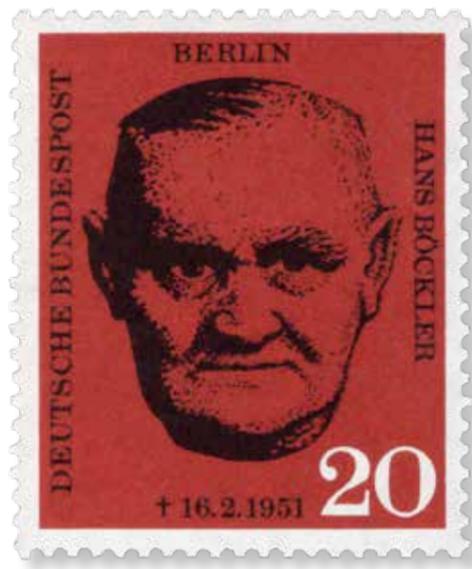
Im Rahmen des Schwerpunktthemas wäre es sinnvoll gewesen, auch über diesen Antrag und seine weitere Behandlung zu berichten.

### Nichts zu berichten?

Ich kann mich allerdings leider nicht des Eindrucks erwehren, dass es nichts zu berichten gibt. Dies ist vor dem Hintergrund der aktuellen Beteiligung der GEW am „Bildungsdialog für Deutschland“ – hier sind viele Stiftungen, darunter auch Bertelsmann engagiert – umso bedauerlicher. Wenn man es, was nachvollziehbar ist, als sinnvoll erachtet, sich an diesem Dialog zu beteiligen, sollte man es aber nicht unterlassen, Stiftungen und Unternehmen beständig für ihre Politik der fortschreitenden Ökonomisierung der Bildung öffentlich zu kritisieren.

Immer wieder wird von verschiedenen GEW-Gremien oder Mandatsträger\*innen in Publikationen und Stellungnahmen Bezug genommen auf Studien, insbesondere der Bertelsmann Stiftung, ohne dass eine kritische Distanz erkennbar ist.

Das ist absolut unverständlich, trägt man so doch zur Akzeptanz der Stiftung in der öffentlichen Wahrnehmung bei.



## Das Phänomen Hans Böckler – Aspekte zum Thema Intellektuelle und Gewerkschaften

Zur Erinnerung an einen außergewöhnlichen Gewerkschafter // **Witich Roßmann, Vorsitzender des DGB-Stadtverbands Köln**

**D**er 150zigste Geburtstag von Hans Böckler am 26. Februar 2025 gibt guten Anlass einigen Facetten eines außerordentlichen Gewerkschafters nachzugehen, dem es inmitten der Trümmer eines von den Alliierten befreiten faschistischen Deutschland gelang, eine bis heute in Europa beispielhafte moderne Industriegewerkschaftliche Einheitsgewerkschaft durchzusetzen und die Tür für die Unternehmensmitbestimmung zu öffnen.

Als er im April 1945 aus seinem Versteck im bergischen Land nach Köln zurückkehrte, lagen 12 Jahre innerer Emigration und faschistischer Repressalien hinter ihm. Als er seine zweite Gewerkschaftskarriere begann, war er schon 70 Jahre alt. Werner Hansen, als Mitarbeiter des amerikanischen Geheimdienstes „Office of Strategic Services“ (OSS), am 15. März mit der US-Armee in Köln eingezogen, fasst seine Beobachtungen so zusammen: „Böckler ist seit einigen Wochen hier in Köln. Obwohl er bereits sehr alt ist, wird er von allen Gewerkschaftern ohne weiteres als der Mann anerkannt, der den Wiederaufbau der Gewerkschaften vorzunehmen hat. Er ist wirklich eine Persönlichkeit nicht nur vom Format eines Gewerkschaftssekretärs. Es gibt hier weder unter den Christen noch unter den Kommunisten jemanden, der ihm gewachsen wäre.“

Worauf beruhte diese wie selbstverständliche Autorität? In den strategischen Debatten im ADGB-Bundesausschuss wie in der SPD-Reichstagsfraktion vor 1933 blieb er schweigsam, Kontakten zu Widerstandsgruppen im Faschismus stand er ablehnend gegenüber. Aber vier Jahre nach seiner

Rückkehr in die Gewerkschaftsbewegung wird er 1949 – inzwischen 74jährig – zum unumstrittenen Vorsitzenden des DGB gewählt.

Auf der Spurensuche treffen wir erstens auf die vielfältige Akkumulation politischen und sozialen Kapitals, das er auf den Stationen seines mobilen Gewerkschaftslebens bis 1933 sammelte, zweitens auf die enge Zusammenarbeit mit zwei intellektuellen Wegbegleitern: Werner Hansen, der ihm die Diskussionsergebnisse der gewerkschaftlichen Emigration vermittelt und Victor Agartz, dessen Wirtschaftskompetenz und sozialistische Überzeugungen er schätzte.

Und drittens auf seine intimen Kenntnisse der rheinisch-westfälischen Machteliten, deren politisches Machtzentrum sich um den ehemaligen Kölner Oberbürgermeister und ersten Bundeskanzler Konrad Adenauer und Josef Pferdenges (Deutsche Bank) sammelte. Nicht zufällig erfolgte am 4. Januar 1951 – wenige Tage vor seinem Tod am 16. Februar 1951 und inmitten der dramatischen Verhandlungen um die Montanmitbestimmung –, eine gemeinsame Verleihung der Kölner Ehrenbürgerschaft an Böckler und Adenauer und setzte damit ein Ausrufezeichen für den Start einer Nachkriegsgesellschaft, die der französische Ökonom Michelle Albert Jahrzehnte später als „Rheinischen Kapitalismus“ titulierte.

### Das biografische Kapital von Hans Böckler bis 1933

Bis Böckler in Köln einen festen Wohnort und im Rheinland seine Heimat fand, lag ein bewegtes Gewerkschaftsleben hinter ihm: Als Goldschläger in seiner Geburtsstadt Fürth, wo er am 26.2.1875 geboren wurde,

organisierte er seine ersten Streiks, war an der Gründung der AOK beteiligt und für die SPD im Stadtparlament. Sein Weg führt ihn 1903 hauptamtlich für den DMV (Deutscher Metallarbeiter Verband) nach St. Ingbert im Saargebiet. 1908 wechselt er in die Bezirksleitung Frankfurt/M., und schon 1910 wird er Bezirksleiter in Schlesien mit Sitz in Breslau.

Bis zu seiner Schussverletzung an der Ostfront 1915 ist Hans Böckler Infanterist im ersten Weltkrieg, leistet dann Gewerkschaftsarbeit in Oberschlesien und Siegen. Nach der Novemberrevolution 1918, der Gründung des ADGB 1919 und der Zentralarbeitsgemeinschaft (ZAG) mit den Arbeitgebern wird Böckler 1919 ihr Sekretär mit Sitz in Berlin. Hier wird er konfrontiert mit den führenden Vertretern des Kapitals, die Sozialisierung und Demokratisierung in der Wirtschaft um jeden Preis verhindern wollen und dafür flächendeckend kollektive Tarifverträge anbieten. Erfolglos verteidigte er gewerkschaftsintern die ZAG und beklagte die gewerkschaftlichen Spaltungen.

Deren Scheitern führte ihn 1920 als Bevollmächtigter des DMV nach Köln. Hier lernt er Gewerkschaftsarbeit unter Bedingungen der französischen Besetzung des Rheinlandes, in einem industriellen Zentrum mit Großbetrieben und einer Gewerkschaftsbewegung mit einem starken christlichen Flügel sowie einflussreichen kommunistischen Betriebsräten kennen. Er wird nach der Inflation 1923 mit Arbeitskämpfen zur Verteidigung des Achtstundentags und 1927 mit Massenaussperrungen konfrontiert.

Von 1924 bis 1928 ist er zeitgleich Mitglied in der Kölner Stadtverordnetenver-

sammlung für die SPD und wird wichtiger Kontrahent des Oberbürgermeisters Karl Adenauer. Seine Erfolge in beiden Arenen bereiten schnell die weiteren Karrierewege vor: Ab 1929 Bezirkssekretär des ADGB für Rheinland und Westfalen mit Sitz in Düsseldorf sowie Reichstagsabgeordneter der SPD für Köln.

Zwar schweigend in den strategischen Debatten im Reichstag wie im ADGB-Bundesausschuss, aber mobilisierend, redegewandt und beliebt in den großen Massenversammlungen der Gewerkschaften und Sozialdemokratie in Köln und im Rheinland – wie sein Biograf Ulrich Borsdorf ausführlich skizziert.

Nahe am Herzen der deutschen Schwerindustrie, die im Hintergrund vielfältig dem Faschismus politische Türen öffnet, wird er nach Machtantritt des Faschismus dessen Opfer. 1933 mehrfach im Gefängnis und in Schutzhaft, sind die ersten Jahre von Flucht und Versteck geprägt, die spätere Zeit von innerer Emigration, mit wenig Kontakten zum politischen und gewerkschaftlichen Widerstand und deren Zukunftsdiskussionen.

Mit diesem biografischen Abriss ist ein wesentlicher Teil seines „politischen Kapitals“ umrissen: Lebendige Erfahrungen mit allen Flügeln der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung sowie den politischen Akteuren des rheinischen Industrie- und Finanzkapitals. Hinzu kommt sein „soziales Kapital“: eine in sich ruhende gewerkschaftliche Identität, Geradlinigkeit, Souveränität gegenüber den Gegnern, eine prägnante Rhetorik mit gleichermaßen gewerkschaftlichem Pathos wie Schlagfertigkeit und Witz sowie einer außerordentlich robusten Arbeitsfähigkeit auch im hohen Alter. Gepaart mit einer großen Offenheit seiner genuinen Arbeiterpersönlichkeit für Bildung und Wissenschaft, die sich schon in den 20er Jahren in seinem Einsatz für das „Freigewerkschaftliche Seminar“ ebenso äußerte wie in seiner Initiative für ein Wirtschaftswissenschaftliches Institut der Gewerkschaften nach 1945.

### Hans Böckler und seine intellektuellen Wegbegleiter

Die Idee für das wirtschaftswissenschaftliche Institut – der erste Etat von 150.000

RM wurde schon Ende 1946 genehmigt – war wesentlich inspiriert durch seinen regen Austausch in Köln mit dem 1897 im Rheinland geborenen Victor Agartz. Dieser brachte sozialistische und wirtschaftsdemokratische Ideen in die Programmatik der Gewerkschaften und der SPD ein, die sich in den Reden und Konzepten Böcklers nach 1945 spiegeln.

Wer war dieser Victor Agartz, der noch 1954 mit seinem mehrstündigen wirtschaftswissenschaftlichen Referat die Delegierten des DGB-Kongresses zu Beifallsstürmen inspirierte?

Der 1897 geborene Sohn eines Remscheider Metallarbeiters machte Abitur, nahm 1914 bis 1918 am Weltkrieg teil, studierte dann in Bonn, Köln, Marburg und Münster Volkswirtschaft und Jura. In Köln und Marburg war er Vorsitzender der sozialistischen Studentengruppen, nahm am bewaffneten Kampf gegen den Kapp-Putsch teil. Als Mitarbeiter der Konsumgenossenschaft Köln lernte er schon 1922 Hans Böckler kennen. Im „Freigewerkschaftlichen Seminar“ lehrte er volkswirtschaftliches und marxistisches Grundwissen. Er trat für die Sozialisierung der Schwerindustrie, der Großbanken und öffentlichen Versorgungswirtschaft ein, für eine staatliche Planung und für eine Selbstverwaltung der Wirtschaft durch paritätisch besetzte Wirtschaftskammern. Hierin folgte ihm Böckler. Kurz und knapp formulierte er im April 1946 in einem Radiointerview seine Grundposition:

„Die kapitalistische Wirtschaft muss durch eine sozialistische Planwirtschaft ersetzt werden. Ein solches ist aber nur möglich, wenn die Gewerkschaften führend mitwirken. Die Gewerkschaften und die Genossenschaften sind die geeignetsten Organisationen zur Überwindung des Kapitalismus und zum Aufbau einer neuen Wirtschaftsordnung.“

Die im Radiointerview von Hans Böckler skizzierte Position erscheint eher als klassisch sozialistische Position. In seinen Reden, konzeptionellen Gedanken zur Neuordnung der deutschen Wirtschaft, wird insgesamt aber eher eine Position deutlich, die gleichermaßen von den alten wirtschaftsdemokratischen Positionen der freien Gewerkschaften der Weimarer Zeit wie auch von der im Rheinland stark verbreiteten ka-

tholischen Soziallehre geprägt ist. Ihm ging es immer um „Gleichberechtigung“ und „Gleichstellung“ der Arbeitnehmer, nicht um Gegenmacht oder Klassenkampf, wie es Karl Lausche in seiner Böckler Biographie sehr sorgfältig herausgearbeitet hat.

Für Hans Böckler stringenter Zusammenhang zwischen den grundlegenden Aufgaben der Gewerkschaften 1945 und ihrer Neuorganisation: Um die Tagesnöte wie Nahrung, Wohnraum, Ingangsetzung der Produktion etc. kümmerten sich die Betriebsausschüsse. Gewerkschaften oblag die politische Neuordnung. Im schon zitierten Radiointerview formulierte er den Zusammenhang knapp und bündig so: „Wegen dieser zentralen Aufgabe ist auch die Gliederung der Gewerkschaften nach Berufsverbänden, so wie sie früher war, heute nicht mehr zweckmäßig. Innerhalb der Berufsverbände lässt sich das gelegentliche Überwiegen von Sonderinteressen nicht vermeiden, auch sind Berufsverbände oft zu klein und infolgedessen nicht durchschlagskräftig genug. Industrieverbände, wie man sie jetzt geschaffen hat, haben in dieser Hinsicht eine bessere Position im Kampf um den maßgebenden Einfluss bei der Gestaltung der künftigen deutschen Wirtschaft. ...das Endziel ist ein Reichsgewerkschaftsbund“

In diesen konzeptionellen Organisationsdebatten entwickelte sich eine enge intellektuelle Freundschaft zwischen Hans Böckler und Werner Hansen, ehemals Sekretär der Bremer Angestelltengewerkschaft, als Emigrant Mitglied der „Landesgruppe deutscher Gewerkschafter“ in London und langjähriges Mitglied des „Internationalen Sozialistischen Kampfbundes“. Dieser ISK organisierte sich als elitäre, bildungsaffine, an einem ethischen Sozialismus orientierte Gruppe, die kritische oppositionelle Sozialdemokraten, Kommunisten sowie Wissenschaftler während der Weltwirtschaftskrise sammelte, sich für eine Einheitsfront von KPD und SPD gegen die Nazis engagierte und Widerstand im Nationalsozialismus organisierte.

In seinen Berichten nach London – vor allem an Willi Eichler, den ehemaligen Vorsitzenden des ISK (1927-1945) und Herausgeber der Tageszeitung „Der Funke“ – erwies sich Werner Hansen als kritischer, ana-

***Er richtete aus seiner Lebenserfahrung an deren Betriebsratsvorsitzende den Appell, „diesmal nicht tatenlos zuzusehen, wenn die Arbeitnehmerschaft wiederum, wie schon einmal nach dem ersten Weltkrieg, an der Erlangung ihrer natürlichen Rechte im Wirtschaftsleben gehindert werden sollte.“***

**„Die kapitalistische Wirtschaft muss durch eine sozialistische Planwirtschaft ersetzt werden.**

**Ein solches ist aber nur möglich, wenn die Gewerkschaften führend mitwirken. Die Gewerkschaften und die Genossenschaften sind die geeignetsten Organisationen zur Überwindung des Kapitalismus und zum Aufbau einer neuen Wirtschaftsordnung.“**

lytischer Beobachter des gewerkschaftlichen Neubeginns und zugleich als Typus eines Arbeiterintellektuellen. Überaus schnell streifte Werner Hansen seinen OSS-Beobachter Status ab und wurde zum engen Vertrauten von Hans Böckler.

Was brachte Werner Hansen in diese Beziehung ein:

- Die intensive Kenntnis der Diskussionen in der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter sowie insgesamt der Diskussionen unter den Emigranten, die nicht zuletzt auch von den Strömungen und Organisationsverhältnissen der Gewerkschaften ihrer Migrationsländer beeinflusst wurden.
- Seine englischen Sprachkenntnisse und seine Beziehungen zu den englischen Gewerkschaften TUC (Trade-Union Council) erleichterten ihm insbesondere nach dem Sieg der Labour Party in Großbritannien die Kontakte zu der britischen Militärregierung, die die Staatsmacht in den britischen Zonen (Nordrhein, Westfalen, Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein) und damit auch in Köln repräsentierte.

Erstaunt berichtete Hansen am 30. Juni 1945 über die ersten gewerkschaftlichen Organisationsideen in Köln, die auch eine Übernahme der faschistischen Deutschen Arbeitsfront (DAF) nicht ausschlossen.

„Die Forderung der Zwangsgewerkschaft (wurde) abgelehnt. Der Entwurf (der Christlichen Gewerkschaften-WR) wurde daraufhin zurückgezogen. Allerdings spielen auch viele Vertreter der früheren freien Gewerkschaftsbewegung mit dem Gedanken der Zwangsgewerkschaft. Die DAF hat für diese alten Organisationsfische, die im Wesentlichen an einer glatten und klaren Organisation interessiert sind, bestechende Eigenschaften gehabt: Die 100%ige Erfassung, der gesicherte Beitragseingang, die große Zahl etc. etc. Selbst Menschen wie Böckler stehen grundsätzlich auf dem Boden der Zwangsgewerkschaft, wenn sie sie heute auch aus taktischen Gründen nicht für durchführbar halten.“

Amerikanische wie britische Besatzungsoffiziere, die für die Labour-Relations zuständig waren, lehnten zur großen Enttäuschung der Gewerkschafter der ersten Stunde unisono einen solchen zentralistischen Gewerkschaftsaufbau ebenso ab wie die sozialistische Neuordnungsprogramm. In dieser Situation konnte Hansen Böckler vermitteln, dass eine Einheitsgewerkschaft und nur in der Form autonomer Industriegewerkschaften innerhalb eines Dachverbandes (DGB) Akzeptanz bei der britischen, aber auch amerikanischen Besatzungsmacht finden würden. Für die berufsgewerkschaftlich zersplitterter britischen Gewerkschafter stellte dies schon eine starke Zentralisierung dar und die amerikanischen Besatzungsoffiziere standen den basisnahen CIO-Industriegewerkschaften näher als der zentralistischen AFL Zentralgewerkschaft. Auch an der betrieblichen Basis wurde eine Übernahme der DAF kritisch gesehen. Nach intensiven Diskussionen Böcklers mit Vertretern der britischen Gewerkschaftsbewegung legte er einen mit Werner Hansen erarbeiteten Organisationsplan mit 13 Industrieverbänden vor. Der Plan wurde auf der ersten Zonenkonferenz vom 12. - 14. März 1946 in Hannover gebilligt und Grundlage der Bildung eines Zonensekretariats unter Leitung von Werner Hansen, das die Bildung des DGB der britischen Zone (April 1947) vorbereitete. An der Basis fand die Kombination von Einheitsgewerkschaft und autonomen Industrieverbänden großen Beifall, die Spaltung nach Berufen, Arbeitern und Angestellten sowie politischen und religiösen Einstellungen war damit überwunden.

#### **Arbeitskämpfe um Brot und Mitbestimmung**

In Böcklers wie Agartz' Konzept von Wirtschaftsdemokratie sorgen die paritätischen Strukturen in allen Wirtschaftsbereichen für die Interessenvertretung der „working class“. Streik als gewerkschaftliche Waffe stehe – so formulierte es Böckler noch im August 1945 – angesichts der trostlosen Zustände im Land nicht im Vordergrund.

Doch schon im Winter 1946, Frühjahr und Sommer 1947 und im Januar 1948 zeigten ihm die gewerkschaftlichen „Hungerstreiks“ in seinen Kölner Betrieben wie in allen Zonen, dass autonome Industriegewerkschaften schneller und effektiver mobilisieren können als ein Zentralapparat. Diese Streikwellen, die im eintägigen Generalstreik am 12. November 1948 ihren Höhepunkt fanden – in der britischen Zone beteiligen sich 6 von 7,1 Mio. Arbeitnehmern – verliehen auch den Demokratisierungsforderungen und den Auseinandersetzungen um Sozialisierung eine neue Dynamik. Als die erste, 1949 gewählte neue Bundesregierung unter Kanzler Adenauer und Wirtschaftsminister Ludwig Erhard die paritätische Mitbestimmung in der Stahlindustrie infragestellte – die Alliierten Besatzungsmächte und Gewerkschaften hatten sie den politisch belasteten Stahlindustriellen aufgezwungen und diese hatten sie zur Vermeidung der Sozialisierung temporär akzeptiert –, stellt sich Hans Böckler entschieden hinter die Streikbeschlüsse der Stahlbelegschaften: Er richtete aus seiner Lebenserfahrung an deren Betriebsratsvorsitzende den Appell, „diesmal nicht tatenlos zuzusehen, wenn die Arbeitnehmerschaft wiederum, wie schon einmal nach dem ersten Weltkrieg, an der Erlangung ihrer natürlichen Rechte im Wirtschaftsleben gehindert werden sollte.“ Entschieden verteidigte er gegenüber Konrad Adenauer die Legitimität dieses politischen Streikbeschlusses zur Verteidigung der Mitbestimmung und setzte in seinen letzten Lebensmonaten in aufreibenden Verhandlungen das Gesetz über die Montanmitbestimmung im Januar 1951 durch. Als Hans Böckler wenige Tage vor seinem 76. Geburtstag starb, würdigten ihn Victor Agartz – inzwischen Chef des Wirtschaftswissenschaftlichen Institut (WWI) des DGB – als Kämpfer für die wirtschaftliche Neuordnung, der er mit der Montanmitbestimmung die „Tür geöffnet (hatte), die andere ganz aufzustoßen haben“ und Werner Hansen, inzwischen Vorsitzender des DGB Bezirk Nordrhein-Westfalen, als „Baumeister der Gewerkschaften“.



Der GEW Stadtverband Köln sucht Verstärkung

## Mitarbeit (m/w/d) in Teilzeit (15-18,5 Std./Woche) befristet bis 31. Dezember 2025

Wir, der Stadtverband Köln der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), suchen zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine engagierte und zuverlässige Unterstützung für unser Team. Die GEW ist die Bildungsgewerkschaft im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB). Sie vertritt die Interessen aller im Bildungsbereich Beschäftigten, setzt sich für faire Arbeitsbedingungen ein und gestaltet die Bildungspolitik auf bundes-, landes- und kommunaler Ebene mit. Die Stelle ist zunächst bis 31. Dezember 2025 befristet (evtl. Option auf Verlängerung) und umfasst eine Teilzeitbeschäftigung mit 15 bis 18,5 Wochenstunden.

#### **IHRE AUFGABEN**

- Allgemeine Büro- und Verwaltungsarbeiten
- Terminabstimmung, Koordination und Terminüberwachung
- Erstellung von Präsentationen, Grafiken und Statistiken auf Basis vorliegender Inhalte
- Inhaltspflege unserer Website mit TYPO3 (wünschenswert, aber kein Muss)
- Technische und organisatorische Vor- und Nachbereitung von Sitzungen, Tagungen, Konferenzen, Seminaren und Veranstaltungen
- Administrative Zuarbeiten für das Team
- Unterstützung bei der Pflege von Inhalten für die Homepage und die Social-Media-Kanäle der GEW Köln

#### **IHR PROFIL**

- Teamfähigkeit und Kommunikationsstärke
- Selbstständige, strukturierte und zuverlässige Arbeitsweise
- Sicherer Umgang mit gängigen Office-Programmen (z. B. Word, Excel, PowerPoint)
- Wünschenswert: erste Erfahrungen mit TYPO3 oder Bereitschaft, sich einzuarbeiten
- Organisationstalent und Freude an abwechslungsreichen Aufgaben
- Identifikation mit den Werten und Zielen der GEW
- Kenntnisse gewerkschaftlicher und organisationspolitischer Strukturen

#### **WIR BIETEN**

- Attraktive Arbeitsbedingungen mit 30 Urlaubstagen (bei einer 5-Tage-Woche; anteilig bei Teilzeitbeschäftigung)
- Vergütung nach den Betriebsvereinbarungen der GEW NRW – Eingruppierung nach beruflicher Qualifikation
- Ein kollegiales, wertschätzendes Arbeitsumfeld
- Vereinbarkeit Familie und Beruf

**Vielfalt ist uns wichtig.** Wir freuen uns über Bewerbungen von Menschen unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Religion, Weltanschauung, Behinderung, Alter oder sexueller Identität. Schwerbehinderte Bewerber\*innen werden bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

#### **Interesse geweckt?**

Dann freuen wir uns auf Ihre Bewerbung! Bitte senden Sie Ihre Unterlagen bis zum 10. Juni 2025 per E-Mail an [kontakt@gew-koeln.de](mailto:kontakt@gew-koeln.de). Bei Fragen zur Stelle wenden Sie sich gerne telefonisch an Ulla Hippe: 0171-5232309.



GEW Stadtverband Köln  
Hans-Böckler-Platz 1  
50672 Köln

[www.gew-koeln.de](http://www.gew-koeln.de)  
E-Mail: [kontakt@gew-koeln.de](mailto:kontakt@gew-koeln.de)  
Telefon: 0221-516267



**„Uns verbindet viel mehr als uns trennt und wir können viel voneinander lernen“**

Austausch an der Geschwister-Scholl-Oberschule



## Wenn Hakenkreuze, Hitlergrüße und rassistische Beleidigungen schon in Grundschulen immer häufiger werden

Der GEW-Bezirk Köln war zu Besuch beim GEW-Bezirk Leipzig, um sich über bildungspolitische Herausforderungen in Ost und West auszutauschen. // **Rolf Haßelkus (Text und Bilder)**

Es gibt Schulen, in denen Hakenkreuze auf den Tischen keine besonderen Vorkommnisse mehr sind, die von der Schulleitung gemeldet werden“, fasst eine Lehrerin einer Oberschule in Leipzig die Zunahme rechtsextremer Einstellungen von Kindern und Jugendlichen zusammen. Während die Lehrkräfte aus dem Bezirk Leipzig berichten, dass rechtsextreme Vorfälle immer mehr zum Schulalltag an Sachsens Schulen gehören, berichte ich von der GEW-Bonn, dass Gewalt in Schulen für viele Lehrkräfte an Schulen im Bezirk Köln zu einer immer größeren Belastung wird.

Der Austausch zwischen den Vertreter\*innen der beiden Bezirke zeigte nicht nur unterschiedliche Herausforderungen in den Schulen, sondern auch viele Gemeinsamkeiten. „Uns verbindet viel mehr als uns trennt und wir können viel voneinander lernen“, betonte Alexander Fladerer, Vorsitzender des GEW-Bezirks Köln. „Wir brauchen in der GEW einen stärkeren horizontalen Austausch, Begegnung und Kommunikation zwischen Ost und West. Wir sollten weniger übereinander reden, sondern miteinander ins Gespräch kommen“, führte er weiter aus.

In mehreren gemeinsamen Veranstaltungen wurde deutlich, dass insbesondere die Themen Inklusion, Lehrkräftemangel, Arbeitsbelastung und Lehrer\*innengesundheit gemeinsame Problemfelder

sind, die die Kolleg\*innen in Ost und West bewegen. Interessant und spannend war es aber auch, sich darüber auszutauschen, wie unterschiedlich gesellschaftliche Entwicklungen in Leipzig und Köln die Zukunft unseres Bildungssystem prägen. Während in den ostdeutschen Bundesländern aus demografischen Gründen die Nachfrage nach Kitaplätzen sinkt und man in Leipzig z.B. darüber nachdenkt geplante Neubauten von Kitas zu stoppen, ist es im Bezirk Köln oft noch Glücksache einen Kitaplatz zu bekommen. „In den ostdeutschen Bundesländern kommen vergleichsweise viele Kinder auf eine(n) Erzieher(in). Deswegen schlagen wir als GEW-Sachsen ein Kita-Moratorium vor, um den Betreuungsschlüssel zu verbessern“, fordert Claudia Maaß, stellvertretende Landesvorsitzende Sachsen.

Doch auch der kulturelle und gesellschaftliche Teil kam beim Austausch nicht zu kurz. So besuchten wir das Völkerschlachtdenkmal als Mahnmal gegen Militarismus und Krieg und konnten uns abends auf dem Leipziger Weihnachtsmarkt bei einem Glühwein wieder aufwärmen.

Wir freuen uns schon auf den Gegenbesuch im nächsten Jahr und danken den Kolleg\*innen aus Leipzig für den wertvollen Austausch und ihre großartige Gastfreundschaft.

## Doppelschicht mit 7

Was tun, wenn der Herkunftssprachliche Unterricht (HSU) in den Nachmittagsbereich abgeschoben wird? Der Erfahrungsbericht einer HSU-Lehrkraft wurde uns zur Verfügung gestellt vom // **Ausschuss „Lehren und Erziehen zur Mehrsprachigkeit in Köln“ (LEMK)**

Es klingelt. Es ist 8.05 Uhr. Der Unterricht beginnt. Der Tag nimmt Fahrt auf: Morgenkreis, Deutsch, Mathe, Sachunterricht, Lernzeit! Fertig? Endlich kommt die Zeit zum Spielen. In der frischen Luft auf dem Schulhof: Fußball, Basketball, Tischtennis, Fangen spielen, Verstecken spielen, AG Kreatives Schreiben, Flöte lernen oder einfach Fußball! Pokemonkarten austauschen oder ein Gebäude, eine Brücke bauen oder sich einfach unterhalten, ausruhen, oder, oder, oder...!

Es ist 13.30 Uhr. Es klingelt. Vor der Klassentür wartet eine Lehrkraft, nachdenklich, verlegen, gehemmt, befangen (...) Sie freut sich zwar sehr, ihre SuS zu sehen. Blitzschnell wird ihre Freude von einer Nebelschleife der Erkenntnis unterdrückt.

P. ist ein Erstklässler. Er läuft mit Lichtgeschwindigkeit an ihr vorbei. Ohne ihr auch ein wenig Beachtung zu schenken, dann das nächste Kind.....nächste und nächste: „Kinder!“, ruft sie, „Wir müssen in die Klasse! Der Unterricht hat schon angefangen!“. P bleibt an seinem Platz unerwartet stehen und sagt, sich verteidigend: „Für mich ist der Unterricht zu Ende! Wir sind gerade mit der Lernzeit fertig. Ich kann nicht mehr!!!“. P. läuft weiter zu seinen Freunden, mit denen er gerne Fußball spielt. Die Lehrkraft läuft ihnen hinterher. Die SuS sind schon längst vertieft in ihr Spiel, genießen die Freiheit, die sie sich den ganzen Tag hart erarbeitet haben.

Als sie bei ihnen erscheint, spielen manche Kinder weiter. Manche bleiben stehen und versuchen, sie zu überreden, weiter auf dem Schulhof zu bleiben. M. bleibt mit dem Tischtennisschläger in der Hand stehen und schaut sie so traurig, flehend an: „Bitte nur ein Spiel!!!“. L. sagt: „Bitte, heute spielen wir draußen ...“. Die Lehrkraft muss alle wieder

zusammenbringen. Manchmal muss sie den ganzen Schulhof mit über 300 Kindern absuchen und sich durchfragen. „Wo ist er? Wo ist sie?“

Es sind während dieser Suche bereits 30 oder, wenn es gut läuft, 20 Minuten verstrichen.

Endlich hat der Unterricht begonnen. Es dauert kaum fünf Minuten, das Datum und der Ablauf des Tages sind angesprochen. Da kommt die erste Meldung. Die SuS zeigen auf. Die Lehrkraft freut sich über eine neugierige Frage, aber es ist wieder die Frage der Fragen: „Wann ist der Unterricht zu Ende?“. „Können wir bitte draußen spielen?“

Die Lehrkraft läuft über den Schulhof. Einige der Kinder verstecken sich, drehen sich um, damit sich ihre Blicke nicht mit der Lehrkraft treffen. Sie verstecken ihr Gesicht vor Scham. B. ist eine gute Schülerin und hat tolle Leistungen erbracht. Sie sagt zu ihrer Mutter: „Mama, ich möchte gerne am HSU teilnehmen, aber es überschneidet sich mit meinen Essenszeiten. Ich will nicht getrennt von meinen Freundinnen essen. Ich habe dann kaum Zeit mit ihnen zu verbringen.“

M. auch, D. und viele andere sagen es auch. Viele Kinder haben sich vom HSU abgemeldet. Die Lehrkraft sieht diese Kinder fast nie auf dem Schulhof, weil sie sich mit gemischten Gefühlen vor ihr verstecken. Sie schauen lieber auf den Boden, weil sie glauben, sie verraten zu haben.

R. kommt in die Klasse, setzt sich ganz still hin und schaut die Lehrkraft so traurig an. Sie geht behutsam zu ihm und versucht herauszufinden, was seinen Trübsinn ausmacht. Er fängt an zu erzählen und fragt: „Frau X, warum haben wir HSU nicht wie früher parallel zum Religionsunterricht? Wir können an zwei Tagen nicht an der Lernzeit teilnehmen. Deswegen muss ich spät am

Abend meine Aufgaben zu Hause erledigen, obwohl ich so müde bin!“ Als Lehrkraft will sie keine falschen Argumente liefern.

Die Fragen beantwortet sie unbefriedigend, ohne auf die Einwände des Schülers einzugehen. Die einfache Erklärung wäre, dass die Regeln einfach so über ihren Kopf entschieden worden sind. Die Lehrkraft hadert mit der Wahrheit, die im Raum steht. Sie merkt, wie ein Stich durch ihren Magen geht. Im inneren Monolog gibt sie dem Kind ganz Recht. „Die Kinder sind zerrissen, sie sind frustriert. Müssen sie diese inneren Konflikte, die von den Erwachsenen auferlegt wurden, erleben? Müssen sie zwischen diesem oder jenem entscheiden? Obwohl es früher doch auch möglich war, alles zu vereinigen?“

Zu dem ganzen Nachmittagsunterricht kommen noch die Vorgaben für die Gruppenbildung. Es müssen mindestens 15 SuS angemeldet sein, um HSU in einer Schule anzubieten. Die Gruppen werden aus verschiedenen Klassen und Jahrgängen zusammengesetzt. Dies ist eine große Herausforderung sowohl für die SuS als auch für die Lehrkräfte. Unter diesen Umständen ist es sehr schwierig, einen „guten Unterricht“ zu planen und die Ziele zu erreichen.

Ich frage mich, wenn es um das Lernen der Herkunftssprache geht, warum gelten die gleichen Bedingungen nicht, die für den regulären Unterricht auch gelten? Kindeswohl bleibt Kindeswohl. Haben diese Kinder ein Recht auf das Erlernen und Vertiefen ihrer Herkunftssprache? Sie stehen vor der Wahl, sich zu entscheiden.

Und wir Lehrkräfte? Wir sollen auf der einen Seite den Vorgaben der Behörden nachkommen, auf der anderen Seite können wir die Kinder so gut verstehen, für die eine Doppelschicht einfach zu lang ist.



## „Unsere Stärke heißt Solidarität!“

In Trauer um die Opfer des Anschlags auf eine ver.di-Streikdemo in München (13.2.25) fand am Donnerstag, 20. Februar, in Köln eine DGB-Kundgebung statt. Es folgt die dort gehaltene Rede von // **Yusuf As, Vorsitzender des Bundesmigrationsausschuss bei ver.di**

**Spendenaufwurf für die Opfer des Angriffs auf die ver.di-Demo in München**

Update 17.02.2025

Als Gewerkschaften stehen wir fest zusammen, heute mehr denn je!

Der schreckliche Anschlag auf die ver.di-Demonstration in München am 13. Februar 2025 hat uns alle zutiefst erschüttert. Mehr als 30 Menschen, darunter auch Kinder, Kolleginnen und Kollegen, die an diesem Tag friedlich für ihre Rechte eintreten wollten, wurden verletzt – einige von ihnen so schwer, dass wir noch immer um ihr Leben bangen müssen. Zwei von ihnen sind am Samstag leider ihren Verletzungen erlegen.

Doch nicht nur die körperlich Verletzten leiden – auch diejenigen, die das Geschehen miterleben mussten, stehen unter enormer psychischer Belastung. Die Bilder, die Angst und das Erlebte werden viele noch lange begleiten.

Unsere Gedanken sind bei allen Betroffenen und ihren Familien. Wir wünschen allen Verletzten eine schnelle und vollständige Genesung. **Doch Worte allein reichen nicht – jetzt ist konkrete Hilfe, jetzt ist unsere Solidarität gefragt!**

Deshalb startet der Verein **Gewerkschaften helfen e.V.** einen Spendenaufruf. Es geht darum, unseren betroffenen Kolleginnen und Kollegen und ihren Familien unter die Arme zu greifen. Sie brauchen jetzt unsere Unterstützung, um die medizinische Versorgung zu stemmen, den Alltag neu zu organisieren und einfach wieder Mut zu fassen.

**Jeder Euro, den wir zusammenbringen, ist ein Zeichen der Solidarität.** Es ist ein Zeichen dafür, dass wir füreinander da sind, egal was passiert. Lasst uns den Betroffenen zeigen, dass sie nicht allein sind und dass die Gewerkschaftsfamilie hinter ihnen steht. Wir lassen uns nicht einschüchtern und zeigen, dass unsere Werte stärker sind als Hass und Gewalt.

**Spendenkonto:**  
Gewerkschaften helfen e.V.  
IBAN: DE55 2505 0000 0152 0114 90  
BIC: NOLADE2HXXX  
Stichwort: **Opfer Demo München**

Bitte teilt diesen Spendenaufruf, damit möglichst viele Menschen helfen können, leitet ihn an Kolleginnen und Kollegen weiter, verlinkt ihn auf Euren Homepages, postet ihn in den sozialen Medien und hängt ihn an die schwarzen Bretter in den Betrieben.

**Spendenkonto:**  
Gewerkschaften helfen e.V.  
IBAN: DE55 2505 0000 0152 0114 90  
BIC: NOLADE2HXXX  
Stichwort: **Opfer Demo München**

Stark in Arbeit.

V.i.S.d.P.: DGB Bezirk Bayern, Bernhard Stiedl, Neumarkter Str. 22, 81673 München

Ich möchte euch ganz herzlich im Namen des Bundesmigrationsausschusses der ver.di begrüßen, und mich freut es sehr, dass so viele heute hier sind um für Amel und Hafsa zu trauern und Solidarität mit den Kolleg\*innen in München zu bekunden.

Auch dieses Attentat in München wird wieder instrumentalisiert. Wie zuvor in Solingen, Magdeburg und Aschaffenburg oder die unzähligen Male, wenn etwas passiert ist und es war jemand mit Migrationshintergrund.

Aber was anderes erwarten wir auch nicht. Wenn (die) Stimmung gegen uns Menschen mit Migrationshintergrund so verpestet ist.

Olaf Scholz (SPD) fordert „Abschiebungen im großen Stil“ und Friedrich Merz will die Ausbürgerung von Migrant\*innen mit deutschem Pass möglich machen.

Die AfD bedroht uns mit Remigration und Entrechtung, sie verteilt schon Abschiebetickets an ausländische Kolleg\*innen.

Wir, Migrant\*innen und Menschen mit Migrationsgeschichte werden für nahezu alles verantwortlich gemacht, was in Deutschland gerade falsch läuft.

Für schreckliche Taten einzelner Menschen werden alle in Haftung genommen und Grundrechte wie das Asylrecht faktisch abgeschafft.

In Deutschland leben fast 25 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund – ohne uns läuft nichts.

Die schlechte Finanzierung der Schulen, zu hohe Mieten, lange Wartezeiten auf Arzttermine und die Gefahr eines Krieges in Europa brauchen andere Antworten als Hetze gegen Migrant\*innen.

Am 29. Januar 2025 hat die CDU im Bundestag zum ersten Mal bewusst mit der rassistischen AfD paktiert und abgestimmt. Jetzt droht eine offene Zusammenarbeit nach der Bundestagswahl.

Dies wird das Leben der Werktätigen hierzulande nicht verbessern, besonders nicht von Migrant\*innen.

Während Milliarden in die Aufrüstung gesteckt werden, bleiben die Ausgaben für Bildung, Soziales und Gesundheit auf der Strecke oder werden gekürzt.

Die letzten Wahlen haben es schon gezeigt: Wenn die Vorschläge der Rechten die Debatte dominieren, dann wird die AfD legitimiert und immer stärker.

Dies führt zur Einschränkung der Freiheit aller Menschen, besonders von Frauen und Migrant\*innen.

Nationalismus und Rassismus sind einfache Antworten auf die Krise, aber bieten keine Lösung.

Wir Gewerkschafter\*innen lassen uns nicht spalten, und stehen für ein gutes Leben für alle ein.

Es heißt, die Brandmauer sei gefallen. Gab es denn je eine Brandmauer in einer Gesellschaft wo rassistische Rhetorik salonfähig ist?

**Wir sind die Brandmauer!**

**Wir stehen für Solidarität und soziale Gerechtigkeit!**

**Unsere verstorbene Kollegin, ihr Kind und unsere verletzten Kolleg\*innen werden nicht zum Spielball der Rassisten.**

**Das lassen wir nicht zu!**

**Unsere Stärke heißt Solidarität!**

## Zu Gast auf Erden

Vielleicht ist der Anfang des neuen Jahres, wenn man über gute Vorsätze nachdenkt, die richtige Zeit, mal wieder über diese Tatsache nachzudenken. // **Dipl.-Päd. Detlef Träbert, Mitglied der GEW Köln**

Mal wieder, denn schon Laotse hat sie vor rund 2.500 Jahren im „Tao Te King“ dargestellt und seither geschrieben und schreiben unendlich viele weitere Weise und Philosophen aller Kulturen darüber: Wir Menschen sind nur Gast auf Erden.

Wenn ich von Freund\*innen zu einem gemütlichen Abendessen eingeladen werde, bin ich Gast bei ihnen. Ich betrete ihre Wohnung und richte mich nach ihren Gewohnheiten. Vielleicht ist es angemessen, die Straßen- gegen Hausschuhe zu wechseln, vielleicht auch nicht. Ich bin so zurückhaltend, wie ihre Art es vorgibt, und so offen, wie sie gestimmt sind. Ich schaue mich um und entdecke Bilder und Deko-Artikel, die mir vielleicht mehr oder weniger gefallen – es ist ja nicht mein Zuhause, sondern das ihre, in dem sie sich wohlfühlen wollen. Worte der Anerkennung dazu sind auf jeden Fall willkommen. Ich genieße das Essen, das mit Sorgfalt und Liebe vorbereitet worden ist, und es fällt mir leicht zu sagen, wie gut es mir schmeckt. Vielleicht gibt es jedoch auch Gänge, die mir nicht munden oder die ich nicht vertrage – dann erkläre ich, dass es mir leidtue und weshalb ich darauf verzichte. Die Reaktionen waren in solchen Fällen bislang stets verständnisvoll.

### Sich nach anderen richten

Wenn ich Gast bei Freund\*innen bin, richte ich mich also nach ihnen und nehme Rücksicht auf sie. Meine Freunde sind jedoch auch, genauso wie ich selbst, Gäste – Gäste auf dieser unserer Erde. Wir haben natürlich einmal gelernt, wir sollten sie uns untertan machen. Aber dass das nicht richtig ist, klärt spätestens der 2020 erschienene Sammelband „Bibel falsch verstanden“ auf, erschienen beim katholischen Bibelwerk. Namhafte katholische Theologen erläutern darin zahlreiche hartnäckig fortbestehende Mythen und fehlerhafte Übersetzungen der Bibel. Wir sollen die Erde nutzen mit Ackerbau und Viehzucht, aber sie nicht ausbeuten, sagt das Buch der Bücher. Dass sich die alten Fehlinterpretationen so hartnäckig halten, liegt daran, dass sie eine Grundlage unseres Wirtschaftens geworden sind: Raubbau an der Natur, Einsatz schädlicher Substanzen in der Landwirtschaft, Verschmutzung von Luft und Wasser und vieles mehr bedrohen unsere Lebensgrundlagen so sehr, dass wir nicht sicher sein können, ob der „point of no return“, die Schwelle zur Rettung des Klimas, nicht schon längst überschritten ist. Würden wir uns als Gäste auf der Erde verstehen, gingen wir nicht so mit ihr um. Die „Indianer\*innen“ Nordamerikas bezeichneten sie schon immer als „Mutter Erde“, die sie gemeinsam mit „Vater Himmel“ als unsere stets zu achtenden Eltern ansehen.

### Milliarden für den Frieden, Billionen für den Krieg

„Des Himmels Sinn ist fördern, ohne zu schaden“, lautet die vorletzte Zeile im schon eingangs erwähnten Tao Te King. Wir Menschen missachten diesen Gedanken ständig. 92 Länder waren im vergangenen Jahr 2024 in gewaltvolle Konflikte verwickelt, zeigt der Global Peace Index der Denkfabrik Institute for Economics and Peace (IEP) – so viele, wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Die Ursachen dafür sind im Detail natürlich unterschiedlich, aber geht es letztlich nicht immer um Macht und ihre Ausweitung? Putin will Russland wieder zu einem Großreich erweitern, Israels Premier Netanyahu hat den grausamen Überfall von Palästinenser\*innen als Anlass genutzt, mit Krieg seinen Kopf zu retten, denn sonst wäre er vermutlich längst entmacht und wegen Korruption verurteilt und in-



Das Leben ist schön! Naafbachtal bei Overath

haftiert worden. Das sind nur die augenblicklich vorherrschenden kriegerischen Auseinandersetzungen. Die weltweiten Kosten der Auswirkungen von kriegerischer Gewalt beziffert der Global Peace Index mit unglaublichen 19,1 Billionen Dollar (knapp 17,8 Billionen Euro), das entspricht 13,5 Prozent der weltweiten Wirtschaftskraft. Für friedenserhaltende Maßnahmen gibt die Weltgemeinschaft dagegen nicht einmal 50 Milliarden Dollar aus. Wir schaden einander und der Erde massiv.

### Schaden gegen sich selbst

Aber über die große Politik zu lästern ist billig, vor der eigenen Haustüre zu kehren hingegen viel unbequemer. Tut jeder von uns selbst genug für den Umweltschutz? Eigentlich ist es Selbstschutz, die Luft nicht unnötig zu verpesten. Die Bilder vom Smog und deswegen Masken tragenden Menschen in asiatischen Metropolen zeigen, was auch bei uns droht. Und wie steht es um die Qualität des Miteinanders im Alltag? Wieviel Egoismus und Rücksichtslosigkeit, wie viele Vergehen gegen die Straßenverkehrsordnung kann man täglich beobachten? Wie viele Vergewaltigungen werden bei uns begangen, wie viele Partnerinnen totgeschlagen? Wie viel Strafenkriminalität gibt es und wie viele Sprengungen von Bankautomaten? Es scheint so, als ob immer mehr Menschen sich GEGEN andere durchsetzen wollten, dabei können wir doch nur im MITEINANDER überleben.

### Rücksichtnahme sogar im Advent

Immerhin, beim Discounter an der Kasse habe ich sogar in der Adventszeit Rücksichtnahme erlebt. Zumindest gelegentlich werden ältere Menschen vorgelassen, und manche Kassiererin hat bei all ihrem Stress immer noch ein freundliches Wort für jede Kundin und jeden Kunden parat. Ja, jetzt ist ein neues Jahr. Jetzt im Winter kann man noch gut bei einer Tasse heißem Tee über unsere Gastrolle auf Erden nachdenken und miteinander diskutieren. Und vielleicht kommt dabei noch die eine oder andere sinnvolle Idee heraus. Das wäre gut, denn niemand kann unsere Welt retten, wenn nicht du und ich, wenn nicht jede und jeder selbst etwas für sie tut.

# „Wir haben die Mittel in der Hand, um die Fehler der Vergangenheit nicht zu wiederholen!“

Ein Interview mit Kathrin Vitzthum, der Landesvorsitzenden der GEW-Thüringen, geführt von // **Guido Schönian, Mitglied der „forum“-Redaktion**



Die Vorsitzende der GEW-Thüringen, Kathrin Vitzthum

„forum“: *Liebe Kathrin, drei Tage nach dem Erdrutschsieg der AfD in Thüringen hast du in deinem „Statement zur Landtagswahl“ am 4. September des letzten Jahres festgestellt: „Das Ergebnis nehmen wir zur Kenntnis und versuchen einen Umgang damit zu finden, dass die AfD die stärkste Kraft geworden ist, eine Partei, die sich gegen unsere gewerkschaftlichen Grundwerte stellt.“ Wie bewertest du die Lage heute? Wie sieht euer Umgang damit nun aus?*

**KATHRIN VITZTHUM:** Die Lage ist nach wie vor prekär. Wer im Livestream verfolgt hat, wie der Alterspräsident der Thüringer AfD die konstituierende Sitzung des neuen Landtags leitete, konnte sich nur schämen. Zurzeit blockiert die AfD-Fraktion mit ihrer Sperrminorität die Wahlausschüsse für neue Richter\*innen und Staatsanwält\*innen, also die Wahl der Ausschussmitglieder, die die Ernennung auf Lebenszeit beschließen müssen. Damit gefährdet die AfD konkret den Rechtsstaat und es scheint ihr egal zu sein. Abschaffen würde sie ihn ohnehin. Für Menschen, die sich um den Erhalt der Demokratie sorgen, ist das ein unheilvoller Zustand.

Für uns als GEW ist klar: Mit der AfD wird es keine Zusammenarbeit geben. Das hat sich nicht geändert. Aber auf die neue Koalition aus CDU, BSW und SPD müssen wir uns einstellen. Und tun das bereits, in dem wir versuchen, möglichst viele Gespräche zu führen, abzustecken, was geht und was nicht. Das ist spannend, weil es einiges gibt, was wir erhaltenswert finden aus der Zeit von Rot-Rot-Grün, aber auch, weil wir manch Neues verhindern müssen.

„forum“: *Gibt es unter Mitgliedern der GEW auch Stimmen in der Richtung, die Politik der AfD zu relativieren? Wie muss man damit umgehen?*

**KATHRIN VITZTHUM:** Ja, und ich sage auch dazu, leider. Selten wird das explizit geäußert, aber mancher Austritt wird so begründet. Ein Argument wird dafür häufig genutzt: Die GEW solle sich um die Arbeits- und Einkommensbedingungen kümmern und sich ansonsten aus der Politik heraushalten. Dass das so nicht funktioniert,

Foto: GEW Thüringen

## Wahlergebnisse der LT-Wahl in Thüringen vom 1. September 2024:

	Stimmen in Prozent	Gewinn/Verlust	Sitze	Gewinn/Verlust
LINKE	13,1	-17,9	12	-17
AFD	32,8	9,4	32	10
CDU	23,6	1,9	23	2
SPD	6,1	-2,1	6	-2
GRÜNE	3,2	-2,0	0	-5
FDP	1,1	-3,9	0	-5
BSW	15,8	15,8	15	15

Wahlbeteiligung: 73,6 Prozent (+8,7)

## „Die AfD Thüringen stellt acht Bundestagsmitglieder, die AfD Baden-Württemberg 19, die AfD Nordrhein-Westfalen sogar 26.“

Katrin Vitzthum, GEW-Landesvorsitzende Thüringen

versuche ich regelmäßig zu erklären. Gute Arbeit und gute Bildung gibt es nur in einer offenen, vielfältigen, zugleich freien und sicheren Gesellschaft, die den sozialen Zusammenhalt durch eine kluge Sozial-, Arbeits- und Wirtschafts- sowie Bildungspolitik stärkt und endlich die Verteilung des Reichtums von unten nach oben wirkungsvoll beendet. Insofern muss sich die GEW ganz konkret in die Politik einmischen.

Aber natürlich greifen die Mitglieder ja auch die Stimmungen aus der Gesellschaft und der Politik auf. Dort wird ja zunehmend die Normalisierung des Umgangs mit der AfD gefordert, die sogenannte Brandmauer bröckelt schon lange.

„forum“: *Krasser noch als der Zugewinn der AfD war nur der Verlust der Partei Die Linke. Hast du dafür eine Erklärung? Wieso scheint alles nach rechts abzudriften?*

**KATHRIN VITZTHUM:** Ich denke, ein großer Teil der Thüringer\*innen hatte nach zehn Jahren Rot-Rot-Grün genug, schließlich waren die letzten Jahre durch eine Minderheitenregierung und eine Menge an Krisen geprägt. Hinzu kommt, dass das BSW mit Katja Wolf an der Spitze viele ehemalige Linken-Wähler\*innen abgeholt hat, mit dem Fokus auf das Thema Frieden und alles anders machen. Der Rechtsruck findet ja

**Gute Arbeit und gute Bildung gibt es nur in einer offenen Gesellschaft, die den sozialen Zusammenhalt durch eine kluge Politik stärkt und endlich die Verteilung des Reichtums von unten nach oben wirkungsvoll beendet.**

Katrin Vitzthum

nicht nur in Thüringen statt oder nur in den ostdeutschen Bundesländern. Er zieht sich durch die ganze Bundesrepublik, in bestimmten Regionen stärker als in anderen und er zeigt sich in ganz Europa und gerade besonders in den USA. Warum das so ist, können Politikwissenschaft und Soziologie bestimmt besser beantworten. Aber ich würde sagen, dass es der Politik nicht gelungen ist, die konkreten Probleme der Menschen zu lösen: Die Mietpreise klettern weiter nach oben, Lebensmittel und Konsumgüter werden teurer, die Züge fallen reihenweise aus und mancherorts fährt einfach kein Bus mehr. Hierauf gab es zu wenig Antworten. Und wenn dann noch die einzige Antwort ist, dass daran die Migration schuld sei, dann fällt es leichter, das Original, also die AfD, zu wählen.

„forum“: *Was kannst du zur Atmosphäre sagen, wie sie in Schulen, unter Lehrkräften und auf GEW-Veranstaltungen herrscht? Wird die AfD verharmlost oder verteufelt? Überwiegt die Sorge oder wird vielleicht eher der Widerstand organisiert?*

**KATHRIN VITZTHUM:** Ich vermute, dass in den Lehrerzimmern immer weniger über Politik diskutiert wird, weil Menschen zunehmend verunsichert sind, ob sie sich noch in einem gemeinsamen Wertekorridor befinden. Die Erfolge der AfD stärken ja jene, die sie gewählt haben und die werden durchaus lauter. Wir haben im letzten Jahr eine Veranstaltungsreihe organisiert, zusammen mit dem Verfassungsblog und gemeinsam mit den Teilnehmenden erarbeitet, wie Schule resilient werden kann und was passiert, wenn die AfD tatsächlich in politische Verantwortung kommt. In diesen Veranstaltungen überwog die Sorge vor dem Rechtsruck. Wachsenden Widerstand sehe ich allerdings nicht so recht. Viele Kolleg\*innen haben zwar eine stabile innere Haltung, wollen sich aber in Schule gern neutral verhalten. An dieser missverständlichen Neutralität arbeiten wir schon lange, aber das ist ein dickes Brett. Hier bräuchten wir viel mehr Unterstützung aus der Schulaufsicht, die sich hinter die Kolleg\*innen stellt.

**„Das Gewerkschaftshaus von ver.di und DGB hier in Erfurt ist in den vergangenen Wochen häufiger Opfer von Vandalismus geworden. Ob das nun Rechte waren oder nicht, wir müssen aufeinander aufpassen, mehr denn je.“**

Katrin Vitzthum

„forum“: **Und was ist vom BSW zu halten? Seine aus dem Stand erzielten Wahlergebnisse sind ja beeindruckend ...**

**KATHRIN VITZTHUM:** Die Einschätzung des BSW ist für uns schwierig. Einerseits ist völlig unklar, wofür das BSW im Einzelnen steht, das Parteiprogramm bietet da ja in vielen Punkten nur eine gewisse Orientierung. Andererseits ist dem BSW nicht gelungen, die AfD zurückzudrängen, dafür aber die Linke zu spalten und sicher auch bei SPD und Grünen Wähler\*innen abzuholen. Für die Bildungspolitik befürchte ich jedoch ein eher konservatives Rollback, die Forderung nach Kopfnoten und die Diskussion um eine verbindliche Vorschulerziehung deuten jedenfalls darauf hin. Was uns Sorgen macht, ist der Zustand der noch jungen Partei und die Einflussnahme der Bundesvorsitzenden. Das BSW verfügt noch nicht über genügend fachliche und personelle Ressourcen, mit Expert\*innenwissen ist dort also noch nicht zu rechnen. Das macht die politische Arbeit mit einer solchen Fraktion schwierig. Und es bleibt die Frage, ob das BSW Thüringen sich weiterhin so von der Bundesebene emanzipiert verhalten kann. Was das für die Stabilität dieser Landesregierung ohne eigene Mehrheit bedeutet, lasse ich mal offen.

„forum“: **Welche Aufgabe rechnet du den Gewerkschaften im Allgemeinen und dem DGB sowie der GEW im Besonderen bei?**

**KATHRIN VITZTHUM:** Als Gewerkschaften haben wir über politische Einflussnahme und über Tarifverhandlungen für bessere Arbeits- und Einkommensbedingungen zu sorgen. Es geht um mehr Lohn und Gehalt, aber noch mehr um Fragen der Gesundheitsförderung und Entlastung, mehr Personal, bessere sachliche Ausstattung und Arbeitszeitfragen. Um da etwas zu erreichen, sind wir mit dem DGB als unserem Dachverband im politischen Raum unterwegs, wenn es um faire Umverteilung geht, Wiedereinführung der Vermögenssteuer, schlicht, um einen funktionierenden Sozialstaat, in dem die Lasten zur Bewältigung von Krisen so verteilt werden, dass Menschen mit höheren Einkommen auch mehr tragen müssen.

Die GEW als Bildungsgewerkschaft hat daneben ganz klar den Fokus auf die Lehr- und Lernbedingungen in allen Bildungsbeiräten, um Bildungsgerechtigkeit zu schaffen. Alles, was dieses Land wachsen lässt, beginnt bei guter Bildung, und die ist nur möglich, wenn auch die Arbeitsbedingungen stimmen. Das fängt bei mehr und multiprofessionellem Personal an, bei Arbeits-

zeiten, die die Vor- und Nachbereitung von Bildungsangeboten in Kindergärten, Schulen, Hochschulen und in der Erwachsenenbildung angemessen berücksichtigen. Es geht weiter bei angemessenen Löhnen, Betreuungsschlüsseln und Gesundheitsschutz und einiges mehr. Der Bildungsföderalismus ist hier oft genug ein Hemmschuh, weil die GEW in sechzehn Bundesländern mit teils unterschiedlichen Herausforderungen, Perspektiven, aber auch finanziellen und politischen Rahmenbedingungen umgehen muss.

„forum“: **Was, wenn der Siegeszug der Rechten auch bundesweit anhält? Der Leiter der Gedenkstätte Buchenwald, hatte vor der Thüringer Landtagswahl ja bereits Parallelen zur „Schicksalswahl 1924“ gezogen.**

**KATHRIN VITZTHUM:** Die vielen Demonstrationen nach der Veröffentlichung von Correctiv e.V. Anfang 2024, aber auch die vielen Kundgebungen nach der Abstimmungserzwingung von Friedrich Merz mit der AfD im Bundestag machen Hoffnung, dass der „Siegeszug“ auch gebrochen werden kann. Voraussetzung dafür ist aber, dass die demokratischen Parteien endlich tun, was sie tun müssten: Menschen bei ihren

Entscheidungen mitnehmen, die Umverteilung des Reichtums von oben nach unten und damit eine spürbare Umverteilung von Belastungen. Die Lösung echter Zukunftsprobleme muss in den Mittelpunkt, dann nimmt man der AfD den Nährboden. Wir haben die Mittel in der Hand, um die Fehler der Vergangenheit nicht zu wiederholen.

„forum“: **Alle Parteien – bis auf Die Linke – haben sich das Thema Migration von der AfD im Wahlkampf widerstandslos aufoktroieren lassen. Wenn man sich Bernd Höckes Standpunkt zu Gewerkschaften anschaut, der 2017 sagte, „Die [...] Gewerkschaften [...] lösen unser liebes, deutsches Vaterland auf wie ein Stück Seife unter einem lauwarmen Wasserstrahl. Aber wir Patrioten werden diesen Wasserstrahl jetzt zudrehen! Wir werden unser Deutschland Stück für Stück zurückholen!“, weckt das schlimme Erinnerungen. Müssen wir wieder Angst haben, wie 1933 morgens um 4 Uhr aus dem Bett geklingelt und abgeführt zu werden?**

**KATHRIN VITZTHUM:** Das sind zwei unterschiedliche Dinge. In allen Befragungen zur Bundestagswahl rangierte das Thema Migration zwar relativ weit oben, wichtiger waren aber Themen wie Frieden/Sicherheit, Wirtschaft und soziale Gerechtigkeit. Im Wahlkampf haben sowohl Politik als auch Medien immer stärker nur auf das Thema Migration gesetzt und damit vollkommen die Sicht darauf verstellt, dass die zu bewältigenden Krisen multikausal sind, dass sie allein in Deutschland nicht lösbar sind. Das hat am Ende die AfD stärker gemacht, als sie ist. Und gefährlicher, weil sie nun sagen kann: Seht ihr, die machen schon unsere Themen zu ihren, es ist nur eine Frage der Zeit, wann sie auch unsere Politik machen.

Jens-Christian Wagner nachdem das Verwaltungsgericht Weimar die Klage der AfD gegen einen „Brief an die Wähler“ der Gedenkstättenstiftung zurückgewiesen hatte; zitiert nach: <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/mitte-thueringen/weimar/buchenwald-afd-klage-verwaltungsgericht-100.html>

Höckes Standpunkt zu Gewerkschaften bereitet mir Sorge. Ich denke zwar nicht,

dass sich 1933 in dieser Weise wiederholen wird, aber als Gewerkschafter\*innen stehen wir ganz sicher im Fokus der AfD. Das Gewerkschaftshaus von ver.di und DGB hier in Erfurt ist in den vergangenen Wochen häufiger Opfer von Vandalismus geworden. Ob das nun Rechte waren oder nicht, wir müssen aufeinander aufpassen, mehr denn je.

„forum“: **Hast du konkrete Erwartungen an unsere GEW und die anderen Landesverbände? Oder anders gefragt: Was können bzw. müssen wir tun?**

**KATHRIN VITZTHUM:** Ich wünsche mir, dass wir ehrlicher mit uns selbst sind. Nicht nur in den ostdeutschen Bundesländern ist der Rechtsruck spürbar, wird die AfD wählbarer. Es betrifft alle Bundesländer und damit auch immer Teile unsere Mitglieder. Nur als Beispiel: Die AfD Thüringen stellt acht Bundestagsmitglieder, die AfD Baden-Württemberg 19, die AfD Nordrhein-Westfalen sogar 26. Auch wenn sie in den dortigen Landtagen noch weit von den Prozenten, die sie im Osten erreichen, entfernt sind, machen die absoluten Zahlen doch auch deutlich, dass wir ein gemeinsames Problem haben.

Als GEW haben wir eine klare Haltung zur AfD, müssen die nach außen, vor allem aber auch nach innen immer wieder deutlich machen und erklären. Der DGB und seine Einzelgewerkschaften sind nicht zuletzt Einheitsgewerkschaften, das heißt, wir stehen allen Beschäftigten unabhängig ihrer politischen oder weltanschaulichen Orientierung offen. Das missverstehen einige unserer Mitglieder insofern, dass sie von uns eine Unparteilichkeit bzw. Unpolitischsein erwarten. Ein Agieren im öffentlichen Raum, und dazu gehört der gesamte Arbeitsbereich, ist aber per se immer politisch, das geht gar nicht anders.

Wir müssen einander besser zuhören, gemeinsam lernen und erarbeiten, wie wir

uns in diesen Zeiten stark machen für Solidarität, für Gerechtigkeit und miteinander diskutieren, in welcher gesellschaftlichen Wirklichkeit wir eigentlich leben wollen. Und nicht jede alte Antwort passt auf eine neue Frage. „Das haben wir immer schon...“ ist selten richtig, das gilt auch für die Auseinandersetzung mit rechten und rechtsextremen Forderungen und somit auch für den Umgang mit der AfD.

„forum“: **Liebe Kathrin, wir danken dir für die Einblicke und Einschätzungen und senden solidarische Grüße!**



Statement der GEW-Thüringen zur Landtagswahl 2024:  
<https://www.gew-thueringen.de/aktuelles/detailseite/statement-zur-landtagswahl>



Die Vorsitzende der GEW-Thüringen, Kathrin Vitzthum, zum Ausgang der thüring. Landtagswahl:  
<https://www.gew-thueringen.de/aktuelles/detailseite/bildungspolitik-nachder-wahl-arbeitszeiterfassung-und-arbeits-und-gesundheitsschutz>

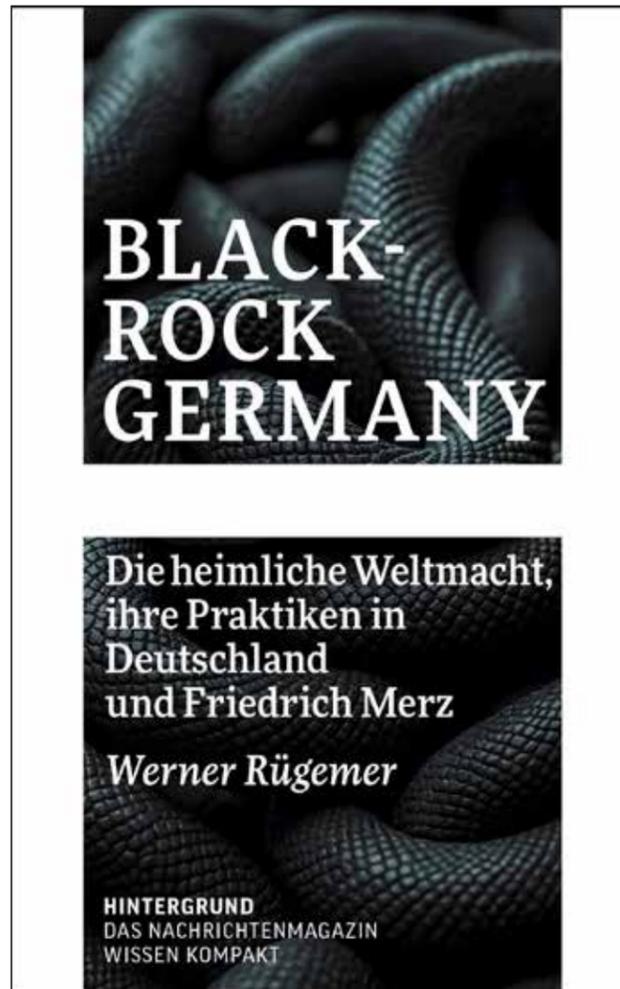
**„Der erste reichsweite Parteitag der NSDAP 1926 wurde in Weimar veranstaltet, wo Hitler sehr oft zu Besuch war. Thüringen war tatsächlich, so muss man das formulieren, das Sprungbrett für die Nazis. Und hier wurde de facto in den 20er-Jahren bereits vorbereitet, was dann 1933 reichsweit umgesetzt wurde.“**

(Jens-Christian Wagner, Historiker mit Spezialgebiet NS-Diktatur und Direktor der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora; zitiert nach:

<https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/schicksalswahl-nsdap-hitler-weimarer-republik-demokratie-100.html>)

# »Niemand hält an deutschen Unternehmen und Banken so viele Aktien wie Blackrock«

Über Friedrich Merz und die Macht der größten Schattenbank der Welt. **Ein Gespräch mit Dr. Werner Rügemer geführt von // Carmela Negrete**



„BlackRock Germany. Die heimliche Weltmacht, ihre Praktiken in Deutschland und Friedrich Merz“, Berlin 2025, 112 Seiten, 14,80€.

**Der Kanzlerkandidat der Union, Friedrich Merz, war während seines Rückzugs aus der Bundespolitik wichtiger Lobbyist für den Finanzkonzern Blackrock. Was ist das für eine Firma und was macht ein sogenannter Vermögensverwalter?**

Blackrock ist gegenwärtig der größte Kapitalorganisator des US-geführten Kapitalismus. Die Bezeichnung »Vermögensverwalter« ist eine Beschönigung, weil Blackrock im Unterschied zu einem traditionellen Vermögensverwalter sehr viele Herrschafts- und Einflussinstrumente hat. Blackrock ist ein Exekutor amerikanischer Regierungspolitik. Beispielsweise waren Blackrock-Mana-

ger in der Regierung von Barack Obama vertreten. Die haben in den Jahren 2008, 2009, 2010 die Finanzkrise und die Bankenkrise in den USA im Auftrag der Regierung abgewickelt. Später war Blackrock dann auch wieder mit seinen Leuten in der US-Regierung unter Präsident Joe Biden und Vizepräsidentin Kamala Harris vertreten.

**Zeigte diese Schattenbank irgendwelche Skrupel, in das Lager des wiedergewählten Präsidenten Donald Trump zu wechseln?**

Blackrock hat sich bereits vor der Wahl 2024 zu Donald Trump bekannt, als absehbar war, dass er gewinnt. Der erste große Auftrag,

den sie zusammen mit der Trump-Regierung erledigt haben, war der Kauf von zwei Häfen des Panama-Kanals zusammen mit weiteren vierzig, die die neue Regierung unter amerikanische Herrschaft bekommen wollte. Blackrock wickelte weltweit den Kauf dieser auf 20 Staaten verteilten Häfen ab.

**Wessen Geld setzt Blackrock dafür ein?**

Im Unterschied zu den traditionellen Banken hat Blackrock keine Konten für Normalbürger, keine Bankschalter. Blackrock bekommt sein Kapital von den Superreichen dieser Welt. Und mit diesem Kapitalstock von sozusagen der 0,001 Prozent der westlichen Welt insbesondere, aber auch von reichen Leuten aus Afrika, aus Asien, aus Indien und Mexiko und so weiter kauft Blackrock die Aktienanteile der wichtigsten Unternehmen in den USA, in der Europäischen Union und auch in einigen weiteren Staaten, wie etwa in Indien oder in Israel oder auch in arabischen Staaten. Der Schwerpunkt der Aktienkäufe, der Eigentumsanteile, die Blackrock mit Hilfe dieses Kapitals der Superreichen kauft, liegt in den USA.

Zusammen mit ähnlichen, aber kleineren Finanzakteuren wie Vanguard, State Street, Capital Group, Wellington, Fidelity und so weiter gehört Blackrock zur führenden Aktionärsgruppe, beispielsweise in allen großen Silicon-Valley-Konzernen wie Amazon, Microsoft, Apple, Intel und Google. Aber auch in den wichtigsten Unternehmen der Frackingindustrie, der Rüstungsindustrie, der Agro-Business-Industrie, der Chemie- und Pharmaindustrie und das eben vor allem in den USA selbst. Niemand hält an deutschen Unternehmen und Banken, etwa bei den 40 Dax-Konzernen, so viele Aktien wie Blackrock.

**Wie übersetzt sich das in der Praxis, zum Beispiel bei der Frage einer Sperrminorität bei wichtigen Unternehmensentscheidungen?**

Das hat auch Blackrock-Lobbyist Friedrich Merz immer wieder betont: Blackrock habe nur drei, fünf oder auch mal zehn Prozent in einem Dax-Unternehmen und könne damit

doch keine Entscheidungen beeinflussen. Das ist aber nicht das vollständige Bild, denn Blackrock ist niemals allein, sondern immer zusammen mit vier bis acht anderen Großaktionären dabei – nämlich Vanguard, State Street und so weiter, die auch ähnliche Aktienanteile haben von drei bis zehn Prozent. Und sie bilden in den Aktiengesellschaften in Deutschland, Frankreich, England, in der Schweiz in den allermeisten Fällen die führende Aktionärsgruppe. Blackrock, Vanguard, State Street und Capital Group sind zudem noch untereinander durch Beteiligungen verflochten.

**Was bedeutet das zum Beispiel für den Wohnungskonzern Vonovia?**

Diese führende Aktionärsgruppe bestimmt die Geschäftspolitik. In Vonovia mit über 500.000 Wohnungen und weiteren Geschäftsimmobilen hat die Gruppe durchgesetzt, dass Vonovia auch den zweitgrößten Wohnungskonzern in Deutschland, Deutsche Wohnen, kaufen konnte und damit ein noch größeres Monopol bildet. Diese Wohnungen sind verteilt auf die wichtigsten Städte in Deutschland, in denen es überall eine Wohnungsknappheit gibt. Vonovia nutzt diese, um die Mieten zu erhöhen, um einzelne Wohnungen zu verkaufen und damit die Preise auch für die Eigentumswohnungen zu erhöhen. Und Vonovia hat beispielsweise auch alle bisherigen Beauftragten, Subunternehmen und Handwerker entlassen und eigene Gesellschaften gegründet. Die Gebühren wurden erhöht, die Nebenkosten sind bei Vonovia ein neues Geschäftsfeld geworden.

**Sie hatten vorher ein Buch mit dem Titel »Blackrock & Co. enteignen!« geschrieben. Halten Sie das tatsächlich für möglich, ein so globales Unternehmen zu enteignen?**

Es ist notwendig, diese Kapitalmacht einzuschränken. Sei es, sie zu entflechten, neu zu regulieren oder eben notfalls auch zu enteignen. Gerade wenn es um die Infrastruktur für die Mehrheit der Bevölkerung geht, muss sie in öffentliches Eigentum überführt werden. Die bisherige Politik der Regierungen, auch in Deutschland und auch unterstützt durch die Europäische Union, hat allerdings die gegenteilige Entwicklung befördert, hat also die neuartige Monopolbildung von Blackrock und Co. in den deutschen Unternehmen im Wohnungsmarkt befördert. Deswegen gibt es jetzt keine wirksame politische Kraft, die eine solche Enteignung vor-

nehmen könnte. Aber es hat ja beispielsweise aus der Zivilgesellschaft heraus, gerade in Berlin, seit einigen Jahren diese Initiative gegeben: »Deutsche Wohnen & Co. enteignen«. Nach diesem Vorbild plädiere ich dafür, Blackrock und Co. zu enteignen.

**Wie transparent ist so eine Unternehmensbeteiligung von Blackrock?**

Die Transparenz bei den Kapitalbeteiligungen von Blackrock in deutschen Unternehmen ist nicht oder nur ganz unwesentlich gegeben. Das habe ich in meinem aktuellen Buch genau dargestellt: Wenn Blackrock Aktionär in einem deutschen Unternehmen ist, beispielsweise bei Vonovia oder beim Rüstungskonzern Rheinmetall, dann gibt Blackrock nach dem Wertpapierhandelsgesetz einen Aktienanteil bekannt, also etwa fünf oder acht Prozent. Aber die tatsächlichen Kapitalgeber, denen dann Blackrock die Dividenden zuleitet, werden nicht genannt. Die bleiben für die Öffentlichkeit, für die Finanzaufsicht und für die Medien unbekannt. Sie werden von Blackrock mit Hilfe von etwa 40 Briefkastenfirmen in den deutschen Dax-Konzernen namen- und gesichtslos gemacht.

**Der Blackrock-CEO Larry Fink sagte einmal, dass die Unternehmen, an denen sie beteiligt sind, dem Prinzip des Stakeholderkapitalismus folgen sollen. In der Theorie bedeutet das, dass Unternehmen die Belange ihrer Kundschaft sowie der Gesellschaft insgesamt in eigene Entscheidungen stärker einbeziehen. Empfinden Sie diese Ansage von Fink auch als heuchlerisch?**

Wenn Blackrock beispielsweise den Staaten, in denen das Unternehmen der führende Aktionär und sozusagen der Geschäftsführer für die superreichen Aktionäre ist, die Namen der Steuerpflichtigen verheimlicht, dann ist dieses Plädoyer für eine Stakeholderdemokratie völlig heuchlerisch.

**Gibt es andere ähnliche Unternehmen, die eine solche Praxis verfolgen?**

Blackrock ist nur der größte dieser seit etwa 30 Jahren im westlichen US-geführten Kapitalismus aufgestiegenen Finanzakteure. Von denen gibt es etwa mehrere hundert. Nach dem gleichen Geschäftsmodell operiert in Frankreich beispielsweise Amundi. In Norwegen gibt es »Norges«. In Singapur heißt ein vergleichbarer Finanzakteur Temasek.

*Wir bedanken uns bei der Tageszeitung »junge Welt« für die freundliche Genehmigung zum Nachdruck des Gesprächs aus der Wochenendbeilage der »junge Welt« vom 5.4.2025.*

**Der Autor**

Werner Rügemer lebt in Köln und arbeitet als Publizist, Buchautor, Referent, Berater und Stadtführer. Er ist Mitherausgeber der Zeitschrift »World Marxist Review«. Unter anderem schreibt er zur Rolle der Vereinigten Staaten im globalen Kapitalismus und zur Neuordnung der multipolaren Weltgesellschaft. Von 1998 bis 2017 war Rügemer Lehrbeauftragter an der Universität Köln am Lehrstuhl für Politische Wissenschaften.

2002 veröffentlichte er »Colonia Corrupta. Privatisierung, Globalisierung und Korruption im Schatten des Kölner Klüngels«. Sämtliche Verleumdungsklagen, die daraufhin vom damaligen Stadtdirektor, dem Bürgermeister, einem SPD-Ratsmitglied und dem Präsidenten des 1. FC Köln gegen ihn eingereicht worden sind, wurden entweder in höheren Instanzen eingestellt, zurückgewiesen oder zurückgezogen.

2015 erschien die 8. überarbeitete und erweiterte Auflage des Buches, das vier neue Kapitel enthält. Eines handelt von »Köln als Korruptionshauptstadt der jungen Bundesrepublik« mit Einblicken in die heimliche Finanzierung der Regierungsparteien durch Unternehmen in den Jahren 1948 bis 1970. Ein weiteres Kapitel beschäftigt sich mit den internationalen Investoren hinter dem Baukonzern »Bilfinger Construction«, der als Generalunternehmer für den Einsturz des Kölner Stadtarchivs 2009 mitverantwortlich war.

**Nehmen wir einmal an, es gibt eine linke Regierung, die das regulieren will. Muss diese damit rechnen, dass die USA etwas dagegen unternehmen, zum Beispiel mit Sanktionen gegen diese Regierung?**

Einen solchen Versuch gab es noch nicht und selbstverständlich würde sich auch die amerikanische Regierung dagegen wehren. Wie gesagt: Blackrock hängt eng mit der US-Regierung zusammen, das hat unter Bill Clinton begonnen und wurde fortgesetzt unter Obama und Biden. Blackrock agiert aber auch als Berater der US-Zentralbank, der Federal Reserve, und der Europäischen Zentralbank sowie der EU-Kommission. Blackrock hat in Washington und Brüssel jeweils ein großes Lobbybüro. Selbstverständlich wird Blackrock diese Regierungen zu Hilfe holen, falls einem Staat einfallen sollte, Blackrock und Co. regulieren zu wollen.

**Einer der großen Profiteure der Aufrüstungswelle in Europa und der Militärhilfe für die Ukraine ist der Konzern Rheinmetall. Was schließen Sie daraus, dass Blackrock an dem Rüstungsunternehmen beteiligt ist?**

Rheinmetall ist jetzt im wesentlichen in der Hand amerikanischer Investoren wie Blackrock, J. P. Morgan Chase und so weiter. Die Entscheidungen im »deutschen« Rüstungskonzern Rheinmetall fallen durch US-amerikanische Eigentümer. Die Gewinne gehen in die USA und nicht nach Deutschland. Und die Geschäftspolitik von Rheinmetall, mit welchen Unternehmen arbeiten sie zusammen, in welchen Staaten gründen sie Filialen, das entzieht sich der Einflussnahme etwa der deutschen Regierung. So hat Rheinmetall die meisten seiner neuen Filialen in den USA gegründet, um dort mit Rüstungskonzernen wie Lockheed Martin neue, technologisch auch innovative Rüstungsprodukte herzustellen. Die deutsche Regierung, deutsche Gewerkschaften, der Betriebsrat und so weiter haben mit den wesentlichen Entscheidungen bei Rheinmetall nichts mehr zu tun.

**Aus Sicht der BRD könnte daraus ein Sicherheitsproblem erwachsen, oder etwa nicht? Vor allen Dingen mit Blick auf die neue Trump-Regierung und die politischen Querelen innerhalb der NATO-Kriegsallianz.**

Das hat damit gar nichts zu tun, denn Blackrock ist seit drei Jahren der offizielle Koordinator des »Wiederaufbaus« der Ukraine. Also mit Zustimmung der amerikanischen Regierung, sowohl der vorherigen Regierung Biden wie der jetzigen Regierung Trump und auch mit Zustimmung der Europäischen Union. Blackrock wird auch für die Erfül-

lung der Forderung von Trump, die wichtigen Bodenschätze, die strategischen Mineralien, seltenen Erden der Ukraine für US-Interessen auszubeuten, herangezogen.

**Das heißt, dieses Unternehmen hat gleichzeitig Interessen in der Waffenindustrie, die dort sozusagen die Probleme verursacht, und auch in den Wiederaufbau?**

Ja, also Blackrock ist mit den anderen Gesellschaften bisher führender Aktionär nicht nur bei Rheinmetall, sondern eben auch in den amerikanischen Rüstungskonzernen und hat bisher schon an der Belieferung der Ukraine mit Rüstungsgütern hohe Gewinne gemacht. Und nachdem das Versuchskaninchen Ukraine jetzt sozusagen besiegt ist, keine Soldaten mehr beschaffen kann, nachdem mehrere hunderttausend ukrainische Soldaten getötet worden sind, die Ukraine keinen Nachschub mehr an Soldaten findet, jetzt wird eben unter Blackrock-Regie die Ukraine sozusagen ausgebeutet, beziehungsweise mit westlichen Investoren, die von Blackrock mitkoordiniert und ausgewählt werden, wird sozusagen die Ukraine neu industrialisiert. Der Rüstungskonzern Rheinmetall hat schon die Verträge beziehungsweise Zusagen für mindestens drei neue Fabriken in der Ukraine. All das wird von Blackrock koordiniert.

**Hauptthema Ihres aktuellen Buches ist, dass Friedrich Merz bei Blackrock angestellt war. Was bedeutet das für Deutschland, dass der voraussichtlich nächste Bundeskanzler eine solche Nähe zu diesem Unternehmen hat?**

Ja, also Friedrich Merz war vier Jahre lang, von 2016 bis 2020, Funktionär bei Blackrock. Er war Aufsichtsratsvorsitzender der Blackrock Asset Management Deutschland AG und hatte die Aufgabe, die Expansion von Blackrock in Deutschland und in wichtigen deutschen Unternehmen zu fördern – auch durch Kontakte zur Bundesregierung. Und natürlich will nicht nur eine Bundesregierung unter einem Kanzler Merz, sondern auch andere führende europäische Staaten wie England und Frankreich mit ihren Rüstungskonzernen – genauso wie Deutschland mit Rheinmetall – ein Stück vom Kuchen der neuen Aufträge und Bergbaukonzernen in der Ukraine abbekommen, die von der Trump-Regierung freigegeben werden. Dafür setzt sich natürlich der ehemalige Blackrock-Funktionär Merz in der Bundesregierung ein. In meinem Buch zeige ich detailliert, welche Politiker weltweit von Blackrock angeworben wurden – in England, der Schweiz und anderen Ländern.

**Was müsste man tun, um die Macht von Blackrock zu begrenzen?**

Es gibt viele Möglichkeiten auf verschiedenen Ebenen. Einerseits organisieren sich immer mehr Staaten, insbesondere innerhalb der BRICS-Allianz, um sich von der US-Vormachtstellung zu lösen, insbesondere im Hinblick auf die Macht solcher Investoren. Andererseits gibt es die zivilgesellschaftliche Ebene. In Deutschland muss der Widerstand gegen eine von Blackrock noch direkter beeinflusste Regierung unter Merz gestärkt werden, da der Schaden, den eine solche Regierung anrichten könnte, noch größer sein dürfte als bisher. Alle Betroffenen sollten sich zusammenschließen: Mieter, Beschäftigte und diejenigen, die im Bildungswesen und in der gesamten Wirtschaft tätig sind – sie alle sollten sich stärker mit der Friedensbewegung vernetzen.

Blackrock ist in vielen Bereichen eine führende Macht: Es spielt eine Rolle bei Mieten, Renten, Einkommen – und auch bei der Steuerflucht. In meinem Buch spreche ich auch über die weltweite Bewegung zur Besteuerung der Superreichen, »Tax the Rich«. Diese Bewegung muss sich genau anschauen, welche Instrumente Blackrock nutzt – viele davon habe ich in meinem Buch erstmals dargestellt. Dazu gehören unter anderem Dutzende Briefkastenfirmen, die Blackrock in den größten Dax-Konzernen einsetzt. Dadurch werden Staaten ausgeblutet, denen dann das Geld für Infrastruktur, Krankenhäuser und andere öffentliche Aufgaben fehlt. Dies muss auch in die Friedensbewegung integriert werden.

**Das erinnert an den Cum-Ex-Skandal, der ja immer noch nicht vollständig aufgeklärt wurde ...**

Blackrock hat mehrere Geschäftsfelder, darunter den Handel mit Aktienpaketen. Ein besonders problematisches Feld besteht darin, dass Blackrock große Aktienpakete – etwa von Rheinmetall, Vonovia, Commerzbank oder Siemens – gegen eine Gebühr an Spekulanten und andere Investoren »verleiht«. Diese können die »geliehenen Aktien« für einen beliebigen Zeitraum nutzen, sei es für ein paar Tage, Wochen oder Steuerbetrügereien zu begehen. Blackrock kümmert sich dabei nicht darum, was der jeweilige Leihnehmer mit den Aktien macht. Hier müsste eine strengere staatliche Kontrolle ansetzen. Seit mindestens fünfzehn Jahren laufen diese betrügerischen Cum-Ex-Geschäfte – und es ist höchste Zeit, dass sie endlich konsequent unterbunden werden.

**Wir bedanken uns bei der Tageszeitung »junge Welt« für die freundliche Genehmigung zum Nachdruck des Gesprächs aus der Wochenendbeilage der »junge Welt« vom 5.4.2025.**



## Tunnelpläne auf der Ost-West-Achse Eine Etappe verloren – doch der Marathon geht weiter!

Der Kölner Stadtrat hat am 3. April 2025 die Fortsetzung der Planungen für die Tunnelvariante der Verwaltung beschlossen, die im Mai 2024 vorgelegt wurde. Damit ist eine Etappe abgeschlossen, aber das ganze Projekt noch längst nicht in trockenen Tüchern, eine Förderung durch Landes- und Bundesmittel nicht sicher. Darum geht auch der Widerstand der Tunnelgegner:innen weiter. Und bei der Kommunalwahl im September können die Karten neu gemischt werden. // **Angela Bankert, GEW-Mitglied und Mitglied im KoKreis Bündnis Verkehrswende Köln**

Die Tunnelparteien CDU, SPD, FDP, denen sich nun auch die AfD angeschlossen hat, haben im ersten Satz die Tunnelvariante vom Heumarkt bis zum Aachener Weiher mit Abzweig unter dem Mauritiusviertel her zur weiteren Planung beschlossen, den die Verwaltung seit sechs Jahren ausgearbeitet hat. Das sind 2,7 km.

Im zweiten Satz des Beschlusses geben sie jede Menge Änderungen als Prüf- und Planungsaufträge an die Verwaltung, weil sie ja eigentlich einen ganz anderen Tunnel wollen, nämlich einen 7,4 Kilometer langen Megatunnel, vom Deutzer Bahnhof unter dem Rhein her bis Melaten, mit Abzweig unter der Dürener Straße bis zum Militärring.

Grund für diesen widersprüchlichen Beschluss ist die Frist für die jetzige Fördergeld-Runde, für die bis 31. Juli 2025 ein Pro-

jekt beim ÖPNV-Bedarfsplan NRW angemeldet werden muss. Der Megatunnel ist bis dahin nicht planbar, er wurde von den drei Tunnelfraktionen ja erst im Dezember 2024 aus der Tasche gezogen, als sie die Ratsgremien mit wenigen Tagen Vorlauf damit überumpeln wollten. Ein Ansinnen, das nur durch Einschreiten der Bezirksregierung verhindert wurde.

Um ihren Megatunnel trotzdem im Spiel zu halten, wurde eine Vielzahl von Änderungen an dem »kurzen« Verwaltungstunnel beauftragt: u.a. der Wegfall des unterirdischen Abzweigs Mauritiusviertel, eine Tunnelröhre weniger, mehrere Vorhaltebauwerken für künftige Verlängerungen des Tunnels. Für den gesamten Innenstadtabschnitt muss daher die letzte Leistungsphase neu geplant werden. Laut Verwaltung wird dies voraussichtlich bis Ende 2028 dauern. Die Verwaltung soll sich zudem mit dem Fördergeber

abstimmen, ob all diese Änderungen Teil eines späteren Förderantrags sein können. Das NRW-Verkehrsministerium hat vor der Ratssitzung in einem Schreiben bereits signalisiert, dass dies für die jetzige Förderrunde nicht gegeben sei, weil es sich um ein völlig anderes Projekt handelt. In aktuellen Gesprächen mit dem Fördergeber hat sich das bestätigt. Das Projekt wird voraussichtlich nicht mehr in den auslaufenden ÖPNV-Bedarfsplan aufgenommen. Der neue ÖPNV-Bedarfsplan wird frühestens 2027 vom Landtag beschlossen.

Dass dieser Mega-Tunnel kommt, ist sehr unwahrscheinlich. Nichtsdestotrotz ist das Verkehrsdezernat nun mit einer Vielzahl von Aufträgen zur Prüfung und Umplanung beauftragt, was Gelder und Personalressourcen verschlingt. Damit sind die Ressourcen im Verkehrsdezernat erneut blockiert für die Umsetzung sinnvoller oberirdischer Aus-

bauprojekte, auf welche die Stadtgesellschaft schon lange wartet.

### Tunnel blockiert KVB-Ausbau in der Fläche

Im August 2024 wurde durch Presseberichte bekannt, dass der KVB Vorstand dem Aufsichtsrat ein Konzept zur Einsparung von Betriebskosten vorgelegt hat. Hintergrund sind die Einsparbemühungen des Stadtwerkkonzerns, der bei der Quersubventionierung der KVB einen Kostendeckel einführen will.

„Ein Papier, das wohl kaum anders verstanden werden kann, als eine Absage an die Verkehrswende.“, schrieb die Kölnische Rundschau.

Man will nur an der Fertigstellung der Nord-Süd-Stadtbahn und am Ost-West-Tunnel festhalten. Alle anderen Ausbauprojekte, die im Kölner ÖPNV-Netzentwicklungsplan 2040+ enthalten und teils vorgeplant sind, will man auf den St. Nimmerleinstag verschieben:

- Stadtbahnanschlüsse der Stadtteile:
- Mülheim-Süd / Stammheim / Flittard
- Meschenich / Rondorf
- Neubrück
- Verlängerung Linie 13 bis zum Rhein
- Verlängerung Linie 4 und Stadtbahnanschluss Widdersdorf / Weiterführung nach Niederaußem
- Verlängerung Linie 7 bis Zündorf Süd
- neue Stadtbahn Köln Niederkassel Bonn, mit Rheinquerung

- Verlängerung Linie 5 bis Esch, Pesch, Auweiler
- Verlängerung Linie 12 bis Feldkassel

Ein erneuter Tunnelbau auf der Ost-West-Achse würde den oberirdischen Ausbau der KVB in der Fläche für weitere Jahrzehnte blockieren. Das war bereits in den letzten 20 Jahren der Fall, nämlich seit Baubeginn und Konzentration auf die Nord-Süd-Tunnelbahn. Seitdem sind oberirdisch nur 3,5 Schienenkilometer hinzugekommen. Dadurch hat Köln einen erheblichen Nachholbedarf beim Netzausbau im Vergleich zu anderen Metropolen, mit einem kümmerlichen Schienennetz von lediglich 149 km.

Davon verlaufen übrigens nur 16% unterirdisch. Köln hat keine Metro, sondern eine Straßenbahn, die ab und zu unter Pflaster fährt. Darum ist auch die Behauptung falsch, ein Tunnel brächte weniger Störanfälligkeit. Störungen auf der Straße wirken in den Tunnel zurück, wie man regelmäßig beobachten kann.

### Was tun?

Der Beschluss ist komplett unverantwortlich. Eine Etappe der Auseinandersetzung ist damit zwar verloren, aber damit ist der Drops noch nicht gelutscht. Da eigentlich der lange Megatunnel gewünscht wird, ist die Förderung äußerst fraglich. Hier gibt es noch gar keine Nutzen-Kosten-Berechnung, die Voraussetzung für Fördergelder ist. Es wird noch eine Reihe Folgebeschlüsse im

Rat brauchen, für die jedes Mal die Mehrheiten fraglich sind, besonders wenn nach der Kommunalwahl im September die Karten neu gemischt werden.

Das Bündnis Verkehrswende wird zusammen mit anderen Organisationen der Zivilgesellschaft den Kampf gegen das Wahnsinns-Projekt fortführen, weil die Verkehrs- wie auch die Klimawende in Köln davon abhängen. Wir werden weiterhin die Öffentlichkeit aufklären, durch Aktionen, Infostände, Flyer, Veranstaltungen.

Die Entscheider über die Fördermittel in Land und Bund werden informiert, für welchen Unsinn in Köln Steuergelder eingesetzt werden sollen, ebenso andere Kommunen, deren ÖPNV-Projekte ggf. nicht finanziert werden, wenn Köln Milliarden für den unsinnigen Tunnel abzockt.

Die Linke sowie DIE PARTEI prüfen Rechtsmittel gegen den Ratsbeschluss, denn nicht alle Informationen für eine verantwortungsvolle Entscheidung lagen dem Rat vor. Die Nutzen-Kosten-Berechnungen für die oberirdische Variante fehlte.

Geprüft werden auch die Möglichkeiten für ein Bürgerbegehren. Dieses wird aber nicht kurzfristig kommen, sondern braucht umfassendere rechtliche Prüfungen und Vorbereitungen

Was wir alle bald tun können: Im September die Tunnelparteien abwählen!

### So lief die Abstimmung im Rat am 03. April 2025:

Im Vorfeld der Ratssitzung war klar: Die Tunnelfraktionen CDU, FDP, SPD hatten mit der Stimme der Oberbürgermeister 45 Stimmen, gegenüber 42 Stimmen der „Oben Bleiben“-Fraktionen, bei vollständiger Anwesenheit. (Die AfD hatte sich bis zuletzt bedeckt gehalten, votierte aber schließlich für den Tunnel.) Damit man bei der Kommunalwahl am 14. September weiß, wer wie abgestimmt hat, hier die genauen Ergebnisse:

#### Ratsfraktionen für den Tunnelantrag

- 20 CDU, Fraktion komplett
- 19 SPD, Fraktion komplett
- 5 FDP, Fraktion komplett
- 4 AfD, Fraktion komplett
- 1 Oberbürgermeisterin Frau Reker

#### Ratsfraktionen gegen den Tunnelantrag

- 6 Die Linke, Fraktion komplett
- 3 Volt, 1 Mitglied fehlte
- 3 Die Partei, Fraktion komplett
- 2 Klimafreunde/GUT, Gruppe komplett
- 24 Die Grünen, 3 Mitglieder fehlten, 21 zogen aus

Die Grünen haben leider zur Abstimmung den Sitzungssaal verlassen und so dafür gesorgt, dass der Tunnelantrag mit einer viel größeren Mehrheit, als nötig gewesen wäre, durchgekommen ist. Von den 87 anwesenden Ratsmitgliedern votierten: 49 dafür (CDU, SPD, FDP, AfD), 14 dagegen (Die Linke, Volt, Die Partei, GUT/Klima Freunde). Die Grünen begründen ihren Mandatsverzicht damit, dass sie keine Ratsentscheidung dulden könnten, bei der die AfD das Zünglein an der Waage sei. Das war aber bei der Ratssitzung zu keinem Zeitpunkt der Fall. Schon durch die fehlenden vier Ratsmitglieder waren die Stimmen der AfD „neutralisiert“.

# Kölner GEW mit IG Metall solidarisch

Ein Bericht vom ersten offiziellen Streik bei Ford Köln in der Firmengeschichte // Peter Heim, Mitglied der forum-Redaktion und des GfV



Als ich nach dem Tor suche, spricht mich ein ebenfalls ankommender Kollege der IG Metall an und grinst: Du kennst den Eingang zu deinem Arbeitsplatz nicht? Oder machst Du nur Homeoffice? Bis er merkt, dass ich eine GEW-Weste trug: Ach so, solidarisch, was?

Ja klar. Die Kinder der Ford-Mitarbeiter gehen in unsere Kindergärten und Schulen. Gehts Ford schlecht, spüren die Familien die Folgen - und wir in unseren „Betrieben“...

Mit 93,5 % hatte die Belegschaft für Streik gestimmt. Grund: Von den aktuell etwa 11.500 Stellen möchte die Firma bis Ende 2027 2.900 abbauen.

n-tv meldet: Die IG Metall fordert eine Kurskorrektur und hohe Abfindungen für die Beschäftigten, die freiwillig gehen oder deren Jobs an andere Firmen ausgelagert werden. Betriebsbedingte Kündigungen sind bis 2032 ausgeschlossen.

Die Wirtschaftswoche titelt: „Möglicher Wegfall einer Schicht, 1600 weitere Arbeitsplätze in Gefahr - Insider fürchten noch Schlimmeres. Der Betriebsrat rüstet sich schon für eine Insolvenz.“

Ob und wie es wirklich so kommt, wird sich zeigen - und hängt sicher nicht nur von Ford US, sondern auch vom Widerstand am Standort ab.

Vor Tor 54 am Werksgelände von Ford Merkenich sind zahlreiche Stände aufgebaut, Streiklisten liegen aus als Voraussetzung fürs Streikgeld. Verschiedene Delegationen, sind angereist, z.B. aus Duisburg, mit Transparenten, z.B. von Arcelor Mittal. Auf der Bühne spielt die werkseigene (!) Band Stücke von den Bluesbrothers, ACDC und anderen Bands mit Fegerqualität.

Und dazwischen fetzige Grußadressen z.B. von Thyssenkrupp Steel Europe, größter deutscher Stahlproduzent, der Kölner Deutz AG - und auch eine „Grußadresse“ vom GEW-Stadtverband. Wobei unsere Geschäftsführerin Eva-Maria Zimmermann daraus eine kämpferische Rede macht, die gut ankommt. Starker Beifall!

Und ein gutes Gefühl inmitten der vielen Kolleginnen und Kollegen auf dem Platz. Und auch wenn wir nur wenige waren: Unsere GEW-Fahnen waren sichtbar und sehr willkommen, ein kleiner Baustein in einer oft unsolidarischen Zeit.



## Der Verein EL-DE-Haus

Gegen den Widerstand der Kölner Politik setzte eine Initiative 1979 die Errichtung einer Gedenkstätte und eines NS-Dokumentationszentrums im ehemaligen Haus der Gestapozentrale Köln durch. Der Förderverein unterstützt und begleitet die Arbeit im NS-Dok // **Claudia Wörmann-Adam, Co-Vorsitzende des Vereins und GEW-Mitglied**

Der Verein EL-DE-Haus, Förderverein des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln, ist benannt nach dem Haus, in dem ehemals die Zentrale der Gestapo für Köln und das Rheinland untergebracht war. Im EL-DE-Haus residierte die Geheime Staatspolizei von 1935 bis zur Befreiung im März 1945. Es gab ein eigenes Gefängnis im Keller mit 10 Zellen und im Innenhof des Hauses wurden Hunderte NS-Verfolgte umgebracht.

Der Verein wurde 1988 gegründet, also vor nunmehr 37 Jahren. Davor gab es seit 1979 eine erste Initiative, die sich dafür einsetzte, dass in der ehemaligen Kölner Gestapozentrale, die nach dem Krieg als Sitz diverser Kölner Ämter der Stadtverwaltung genutzt wurde, zu einem Gedenkort und Dokumentationszentrum umgewandelt wird. Schon in den 60er und 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts gab es einzelne Aktivist\*innen, die sich dafür eingesetzt haben.

Es war ein langer Weg bis zur Umsetzung dieses Anliegens und die Kölner Politik hat sich dabei nicht mit Ruhm bekleckert. Ende 1979 erfolgte - nach einigen Aktionen der Initiative - der erste Beschluss des Kölner Stadtrats, im EL-DE-Haus eine Gedenkstätte und ein NS-Dokumentationszentrum einzurichten.

Die tatsächliche Eröffnung der umgebauten ehemaligen Gestapo-Zentrale folgte erst Mitte 1996. Das EL-DE-Haus mit seinem ehemaligen Gestapo-Gefängnis im Keller mit über 1.800 Inschriften und Graffiti - nirgendwo anders findet sich etwas Vergleichbares - ist heute die größte lokale Gedenkstätte in Deutschland (abgesehen von den ehemaligen KZ).

Wir als Förderverein sind stolz darauf, dass wir das mit Unterstützung der Kölner Zivilbevölkerung geschafft haben. Unser Haus existiert nur aufgrund hohen zivilgesellschaftlichen Engagements!

Aus unseren Reihen entstand die „Projektgruppe Messelager“. Deren Vorläufer,

die Initiative „Zwangsarbeit“, gründete sich 1983. Die Mitglieder der Projektgruppe erforschten das Thema Zwangsarbeit in Köln und sie haben über 25 Jahre insgesamt 38 Delegationen ehemaliger Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter nach Köln eingeladen und gemeinsam mit Beschäftigten des NS-DOK das Thema Zwangsarbeit in Köln dokumentiert. Die Arbeit, die hier geleistet wurde, ist einzigartig in Deutschland.

Ebenfalls aus unserem Verein entstanden ist der Bundesverband „Information und Beratung für NS-Verfolgte“. Bei uns und im NS DOK liegt auch die Organisation und Verwaltung der weit über 110.000 von dem Künstler Gunter Demnig initiierten Stolpersteine.

Wir unterstützen das NS-Dokumentationszentrum, das im EL-DE-Haus untergebracht ist, mit vielfältigen Aktionen:

- mit Spendenkampagnen zum Aus- und Umbau des Hauses.
- mit der Organisation von Unterstützung und Öffentlichkeitsarbeit, wenn Politik und Verwaltung zögern oder wenn Zuschüsse und Stellen gekürzt werden sollen.
- und natürlich mit Finanzierungen für Projekte oder Stellen.

Aber wir sind auch selbst sehr aktiv: Wir organisieren Veranstaltungen, Lesungen, Benefizkonzerte; arbeiten in Bündnissen gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus mit. Das Bündnis „Köln stellt sich quer“ wurde von uns mitgegründet. Vor zwei Jahren haben wir eine große Aktionswoche zum Thema „Bücherverbrennung“ in Köln durchgeführt mit 111 beteiligten Institutionen und Vereinen und 75 Veranstaltungen in Köln. Und es gibt vieles mehr, was wir anstoßen oder an dem wir uns beteiligen; dabei werden wir bis heute vielfältig von der Kölner Bevölkerung aber auch von vielen Künstlerinnen und Künstlern unterstützt. Im letzten Jahr - angesichts des

Erstarkens rechtsextremer Parteien bei den Europawahlen - beschlossen wir, eine öffentlichkeitswirksame Kampagne ins Leben zu rufen. Unter dem Titel „Demokratie ist alternativlos“ werben wir für Spenden. Seit Februar und noch bis zu den Kommunalwahlen im September, finden Veranstaltungen und Lesungen im EL-DE-Haus statt, bei der Autor\*innen zugunsten der Kampagne lesen. Zu den Beteiligten gehören: Prof. Markus Ogorek, Eva Weissweiler, Ingrid Müller-Münch, Volker Kutscher, Melanie Raabe, Prof. Kathrin Röggl und Fatih Cevikkolu.

Als Zeichen gelebter Solidarität haben wir uns in diesem Zusammenhang mit einer ostdeutschen Initiative verbündet. Wir haben immer wieder davon gehört und gelesen, welch großem Druck Gedenkstätten, insbesondere im Osten Deutschlands, durch die AfD und ihren Sympathisanten ausgesetzt sind. Da war es naheliegend, an Buchenwald zu denken. Mit dem Förderverein der Gedenkstätte kooperieren wir seit dem vergangenen Jahr. Buchenwald und Köln verbindet eine gemeinsame Geschichte. Im ehemaligen Kölner Messegelände in Köln-Deutz waren in der NS-Zeit u.a. ein Kriegsgefangenenlager, ein Zwangsarbeitslager und ein Außenlager des KZ Buchenwald untergebracht. Dort wurden Menschen gequält und Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter ausgebeutet. Im ehemaligen KZ Buchenwald, waren viele Kölner Gegner des NS inhaftiert, wurden gefoltert und umgebracht. Die Initiative des Fördervereins der hiesigen Gedenkstätte „Buchenwald war überall“, der wir uns angeschlossen haben, richtet den Fokus auf dieses System der Außenlager.

Es lohnt sich bei uns mitzumachen! Weitere Informationen gibt es hier: <https://el-de-haus-koeln.de/>



## GegenWEHR – Kongress gegen die Militarisierung der Schulen

150 Teilnehmende an Veranstaltung an Kölner Uni // **Katharina Niebergall, Mitglied des Landesausschuss junge GEW**

Die Anzahl der Bundeswehrbesuche in Schulen – ob durch Karriereberater\*innen oder sogenannte Jugendoffizier\*innen – steigt seit Jahren an. Die Wiedereinführung der Wehrpflicht ist noch für dieses Jahr geplant und auf demokratisch abenteuerlichen Wegen ist ein neues „Sondervermögen“ von 500 Mrd. beschlossen worden. Zugleich erleben wir eine zunehmende Unterfinanzierung der Schulen. Marode Gebäude und Lehrkräftemangel sind an der Tagesordnung. Viele Schüler\*innen stehen unter massivem Leistungsdruck und Perspektivlosigkeit. Die Bundeswehr wird für viele zu einem attraktiven Ausweg. Die GEW NRW positioniert sich gegen die Präsenz der Bundeswehr an Schulen und für ein Sondervermögen für Bildung statt für Rüstung und Militär.

### Frieden ohne Waffen – geht das?

Deshalb veranstaltete ein Bündnis aus junge GEW, LSV NRW, „Schule ohne Bundeswehr“ und der Fachschaft Physik der Uni Köln am Samstag, dem 8. Februar, den „GegenWEHR Kongress“ an der Universität zu Köln. Um die 150 Teilnehmer\*innen (Schüler\*innen, Studierende, Pädagog\*innen und Vertreter\*innen der Friedensbewegung) diskutierten gemeinsam, was für Friedensbildung und gegen die Präsenz der Bundeswehr im Klassenzimmer oder auf Jobmessen getan werden kann, wie eine Wehrpflicht vielleicht doch noch abzuwenden ist, was man aus dem Kampf um die Zivilklausel lernen kann und ob Frieden eigentlich auch ohne Waffen geht.

Eröffnet wurde der Kongress durch ein Grußwort von Eva Caspers aus dem Vorstand der GEW Köln, die die Notwendigkeit von Friedensbildung betonte und herausstellte, dass nur Lehrkräfte dafür ausgebildet und verantwortlich sind, kontroverse Themen zu Krieg und Frieden angemessen mit Schüler\*innen zu behandeln. Anschließend begrüßte Annemarie Sich von der Fachschaft Physik die Teilnehmenden in der Universität und betonte die Notwendigkeit von friedlicher und ziviler Bildung und Forschung auch an den Universitäten.

Auf dem anschließenden Begrüßungspodium betonte Katharina Niebergall aus dem Ausschuss der jungen GEW NRW, dass der Besuch von Jugendoffizier\*innen im Unterricht dem Beutelsbacher Konsens widerspricht und die Werbung der Karriereberater\*innen nicht über die Gefahren beim Dienst an der Waffe aufklärt. Elisas Bala von der LSV NRW und Elise Kopper vom Bündnis „Schule ohne Bundeswehr“ berichteten von erfolgreichen Aktionen für bundeswehrfreie Schulen und betonten, dass die Bundeswehr kein angemessener oder „normaler“ Arbeitgeber für junge Menschen ist. Mark Ellmann von der GEW aus Bayern berichtete, dass die Landesregierung im Rahmen des „Bundeswehrgesetz“ Besuche der Jugendoffizier\*innen im Unterricht explizit vorsieht und Zivilklauseln verbieten will. Er betonte auch, dass durchaus die Gefahr besteht, dass die bayerischen Pläne als Blaupause für andere Bundesländer herhalten werden. Die GEW Bayern klagt gegen diese Entwicklungen zur Zeit, auch damit

dieses Vorgehen nicht bundesweit Schule macht.

### Workshops und Vernetzungstreffen

Anschließend diskutierten die Teilnehmenden in sieben Workshops zu den Themen Friedensbildung, Beutelsbacher Konsens, Bundeswehr in der Schule oder auf der Jobmesse, der Wehrpflicht, der Zivilklausel und zivilen Verteidigungsmöglichkeiten.

Mit frischer Motivation und neuem Wissen ging es dann ins Vernetzungstreffen. Bei dem sich die Teilnehmenden zu möglichen Folgeveranstaltungen oder Aktionsmöglichkeiten austauschten. Der Kongress will damit einen Startpunkt für eine neu erstarkende Friedensbildung in NRW setzen. Interessierte aus Köln, die sich vernetzen möchten, können sich gerne bei [katharina.niebergall@gew-nrw.de](mailto:katharina.niebergall@gew-nrw.de) melden.

Abschließend wurde mit großer Unterstützung der Teilnehmenden eine Resolution verabschiedet. Der GegenWEHR-Kongress positioniert sich darin klar gegen Jugendoffizier\*innen im Klassenzimmer und Karriereberater\*innen in und um Schulen, insbesondere gegenüber Minderjährigen, für Friedensbildung, gegen eine Wiederauflage der Wehrpflicht und für ein Sondervermögen für Bildung.

Das Orga-Team GegenWEHR dankt allen Unterstützenden, insbesondere an dieser Stelle dem GEW Stadtverband Köln und hofft auf eine weitere gute Zusammenarbeit zum Thema Friedensbildung und Antimilitarismus.

# GEGEN WEHR

KONGRESS GEGEN DIE MILITARISIERUNG DER SCHULEN

08.FEBRUAR 2025 | 10-18 UHR  
UNIVERSITÄT KÖLN

**Resolution**



## Wir wollen keine Militarisierung der Bildung - Bundeswehr raus aus den Schulen!

Am 8. Februar fand in Köln der Jugendkongress „GegenWEHR - Kongress gegen die Militarisierung der Schulen“ statt. Gemeinsam als junge GEW NRW, Landeschüler\*innenvertretung NRW und „Schule ohne Bundeswehr NRW“ haben wir mit vielen Unterstützer:innen die folgende Resolution beschlossen:

Heute sind wir mit zahlreichen **Schüler:innen, Lehrer:innen und Student:innen** neben weiteren Aktiven aus ganz NRW zusammengekommen. Gemeinsam haben wir diskutiert, was wir der **zunehmenden Militarisierung** der Schulen und der Bildung in NRW entgegensetzen können. Nach Artikel 7, Absatz 2 der Landesverfassung soll die Jugend im Sinne der **"Völkergemeinschaft und Friedensgesinnung"** erzogen werden. Dem entgegen steht unserer Meinung die steigende Zahl von **Bundeswehrbesuchen an Schulen**. Hinzu kommen Aussagen wie die der ehemaligen Bundes-Bildungsministerin Stark-Watzinger, Schulen müssten ein "unverkrampftes Verhältnis zur Bundeswehr" entwickeln sowie der im bayrischen Bundeswehrgesetz vorgesehene leichtere Zugang der Armee zu Schulen. Diese Maßnahmen dienen nicht der **Friedenserziehung**, sondern vermitteln der Jugend, Kriege wären ein legitimes und notwendiges Mittel der Politik.

Außerdem haben wir uns mit der in diesem Jahr beginnenden **"Wehrerfassung"** befasst, bei der junge Menschen einen (für Männer) verpflichtend auszufüllenden Fragebogen bekommen. In unseren Augen eine klare Vorbereitung für eine neue **Wehrpflicht**, gegen die wir uns klar positionieren.

Zugleich beobachten wir, dass die Jugend immer mehr Leistungsdruck und Perspektivlosigkeit ausgesetzt ist, was die Bundeswehr nutzt, um sich als "normaler" Arbeitgeber und echte Perspektive zu präsentieren. Ein perfides Doppelspiel, wenn man bedenkt, unter welcher Unterfinanzierung Schule und Bildung seit Jahrzehnten leiden, während für Armee und Rüstung über Nacht Milliarden bewegt werden können.

Aus unseren Diskussionen in vielen Workshops und Gesprächsrunden kristallisieren sich die folgenden Forderungen heraus:



Fachschaft Physik  
der Universität zu Köln



# GEGEN WEHR

KONGRESS GEGEN DIE MILITARISIERUNG DER SCHULEN

## Resolution Seite 2



- Die **Kooperationsvereinbarung** zwischen MSB und Bundeswehr muss aufgekündigt werden. Die Bundeswehr gehört nicht ins Klassenzimmer, nur so kann der Beutelsbacher Konsens im Sinne der Friedenserziehung und -bildung geachtet werden.
- Die **Bundeswehr ist kein normaler Arbeitgeber**. Die Rekrutierung in und um Schulen muss verboten werden.
- Statt lockender Angebote, hinter denen sich bis zu 16 Jahren Dienstverpflichtung verbergen, fordern wir **echte Lern- und Lebensperspektiven** für junge Menschen.
- Während 151 Länder weltweit darauf verzichten, ist Deutschland eines von 46 Ländern, das noch Soldaten unter 18 Jahren rekrutiert. Wir stellen uns ganz klar **gegen Minderjährige im Wehr- und Kriegsdienst**.
- Im Sinne der Landesverfassung fordern wir eine **echte Friedensbildung**, die internationale Zusammenarbeit und zivile Konfliktbearbeitung statt militärische Eskalation in den Mittelpunkt stellt.
- Wir positionieren uns **gegen eine Neuauflage der Wehrpflicht**, auch auf Umwegen.
- Wir fordern ein **100 Mrd.€ Sondervermögen für die Bildung**, statt für Militär und Rüstung.

**Dazu wollen wir auch in Zukunft gemeinsam aktiv werden, vor Ort, in der Schule, der Hochschule und auf der Straße!**

**Wir wollen keine Militarisierung der Bildung — Bundeswehr raus aus den Schulen!**

Der AK Frieden und Internationales hat seine Sitzungstermine bis Ende des Jahres festgelegt:

(Wir treffen uns jeweils dienstags ab 17.30h im Geschäftszimmer der GEW-Köln.)

3. Juni, 1. Juli, 9. September, 7. Oktober, 18. November, 16. Dezember.

Neue Mitstreiter\*innen sind immer herzlich willkommen!

Für das Leitungsteam Christina Krautwurst

## Vorstand der türkischen Bildungsgewerkschaft inhaftiert!

Solidarität mit den Lehrkräften, die für die Verteidigung der Demokratie eintreten! (Übernahme des Aufrufs von <https://www.labourstartcampaigns.net>)



Mitglieder der GEW-Schwestergewerkschaft Eğitim Sen

Education International (EI) und Eğitim Sen, ihre Mitgliedsorganisation in der Türkei, verurteilen die Inhaftierung des Vorstands der Bildungsgewerkschaft unter Hausarrest sowie die Gewalt und Einschüchterung, die im Rahmen der jüngsten antidemokratischen Niederschlagung gegen Lehrkräfte, Student:innen und protestierende Bürger ausgeübt wurden. Fast 2.000 Personen, darunter Student:innen, Journalist:innen und Rechtsanwält:innen, wurden ebenfalls inhaftiert. Während unabhängige Gewerkschaften in der Türkei bereits seit längerem unter erheblichem Druck von Erdogans zunehmend autoritärem Regime stehen, stellt dieser jüngste Angriff eine erhebliche Eskalation dar und verdeutlicht die beunruhigende Erosion von Demokratie und Rechten in dem Land.

Online-Kampagne in Solidarität mit den Kolleg\*innen in der Türkei: [https://www.labourstartcampaigns.net/show\\_campaign.cgi?c=5646](https://www.labourstartcampaigns.net/show_campaign.cgi?c=5646)



## Wie Krieg und Kürzungen miteinander zusammenhängen ...

Solidarität mit dem Streik der Lehrkräfte und Erzieher\*innen in Israel! // von einer Lehrkraft aus Israel

In der ersten Maiwoche dieses Jahres streiken Lehrer\*innen und Kindergärtner\*innen gegen die kriegsrische Regierung in Israel. Diese will unsere Gehälter im öffentlichen Sektor um 3,3 Prozent kürzen, um den Krieg in Gaza weiter zu finanzieren.

Statt der Gehälter für Lehrkräfte finanziert die Regierung die Bombardierung und Aushungerung der Palästinenser\*innen in Gaza als Teil der Ausweitung der schrecklichen Militäroffensive, die auch die Möglichkeit eines Austauschs von Geiseln/Gefangenen – und der israelischen Geiseln selbst – zunichte macht.

Am 5. Mai wollte die Regierung zusammentreten, um einen Vorschlag zur Erhöhung der Gehälter von Minister\*innen und Mitgliedern der Knesset zu verabschieden. Und das alles während einer Welle von Preiserhöhungen und Rekordgewinnen für die Tycoons und Banken, denen die Regierung dient.

Foto: Eğitim Sen

## Was geschieht nach dem Sturz von Assad?

Nachdem der Diktator aus Damaskus – für alle Welt sehr überraschend – nach Moskau fliehen musste, lautet die Frage, wie es mit Syrien weitergehen wird. Schon vor der Niederlage Assads hatten sich in den nördlich und östlich gelegenen Landesteilen weitreichend demokratische Strukturen etabliert – die nun in Gefahr sind. Menschen fürchten um ihr Leben und sind zur Flucht gezwungen. Dazu veröffentlichen wir an dieser Stelle einen Info-Brief an unsere Mitglieder verfasst von der // „Koordinierungsgruppe Nord- und Ostsyrien in der GEW“

Liebe Kolleg\*innen,

seit mehreren Jahren steht die GEW im Austausch mit den Kolleg\*innen unserer Partnergewerkschaft in Nord- und Ostsyrien (UTNES /Yekitiya Mamosteyên). In einigen Landesverbänden haben sich auch regionale Kontakte entwickelt, über die wir uns regelmäßig über pädagogische und bildungspolitische Themen austauschen.

Nun stehen unsere Kolleg\*innen dort vor einer so bedrohlichen Situation, dass der internationale Dachverband der Bildungsgewerkschaften, „Education International“/„Bildungsinternationale“ (ei/BI), sich am 6. Dezember in einem öffentlichen Appell an die Vereinten Nationen und an UNICEF gewandt hat, mit der Aufforderung, aufgrund der humanitären und bildungspolitischen Notlage einzugreifen:

„Am 27. November 2024 starteten bewaffnete Gruppen, darunter Hay'at Tahrir al-Sham (HTS) und mit der Türkei verbündete syrische Söldner, eine verheerende Offensive in Aleppo und Umgebung. Der widerstandslose Rückzug der syrischen Armee hat die Situation verschärft und die lokale Bevölkerung, insbesondere die kurdische Zivilbevölkerung, schutzlos zurückgelassen...“

In einem Onlinetreffen der Landesverbände Niedersachsen und Bayern mit der Region Euphrat (Kobanê) erfuhren wir, dass auch die Bevölkerung der Region Shehba,

der Partnerregion des GEW Landesverbandes Berlin, evakuiert werden musste. 150.000 Menschen sind im Gebiet der Selbstverwaltung östlich des Euphrats angekommen, verteilt auf 60 Schulen und zwei Kindergärten in der Stadt Tabqa und 80 Schulen in der Stadt Raqqa, die zu ihrer Unterbringung zur Verfügung gestellt wurden. Das Bildungswesen ist dadurch in der Region zusammengebrochen, so wie die Arbeit von 1000 Lehrer\*innen und 15 000 Schüler\*innen aus der nun besetzten Region Shehba. Zusätzlich zu den winterlichen Temperaturen bereitet die Versorgung der Menschen große Probleme.

„Die humanitäre Lage ist katastrophal und lässt sich nicht in Worte fassen,“ schreibt die Gewerkschaft UTNES in einer Nachricht an die GEW.

Durch die andauernden Angriffe der von der Türkei unterstützten islamistischen Milizen und die direkten Luftangriffe seitens der Türkei ist die gesamte Bevölkerung Nord- und Ostsyriens bedroht. Gefährdet sind damit nicht allein unsere Kolleg\*innen und ihre Schüler\*innen, sondern auch das demokratische, geschlechtergerechte, multiethnische und multireligiöse Bildungswesen der Region.

Gerade dieser Ansatz aber könnte eine wichtige Grundlage für einen friedlichen

und gerechten gesellschaftlichen Neuaufbau Syriens bilden.

Das GEW Referat Internationales steht in engem Austausch mit der Partnergewerkschaft in Nord- und Ostsyrien. Wir können dazu beitragen, Öffentlichkeit für ihre Situation herzustellen, indem wir in unseren gewerkschaftlichen oder anderen Zusammenhängen in Gesprächen oder Publikationen darüber informieren.

Der öffentliche Appell der Bildungsinternationalen (Education international): <https://www.ei-ie.org/en/item/29329-education-international-calls-for-humanitarian-intervention-and-support-for-education-in-northern-syria>

Ein Spendenkonto für die humanitäre Nothilfe wurde z.B. bei „medico international“ eingerichtet:

**Spendenkonto:**  
medico international  
IBAN: DE21 5005 0201 0000 0018 00  
BIC: HELADEF1822  
Frankfurter Sparkasse  
Spendenstichwort: Rojava

gegen die Kürzungen mit weiteren Eskalationsmaßnahmen streiken, gegen den Krieg und die Zerstörung im Gazastreifen, die mit den Kürzungen finanziert werden sollen, und für den Wiederaufbau des Gazastreifens, Sicherheit für alle, die Freilassung aller Gefangenen und Geiseln und ein Leben in Wohlstand und Würde für alle Bewohner\*innen auf beiden Seiten der Zäune!

Trotz der antidemokratischen gerichtlichen Verfügung, die den Lehrerstreik auf eine Stunde begrenzte, boykottierten etwa 25.000 Kolleg\*innen mutig einen ganzen Tag lang den Unterricht. Die Regierung wollte, dass das Gericht antidemokratische Verfügungen gegen Lehrende und Kindergärtner\*innen erlässt, weil sie schwach und unpopulär ist und den Ausbruch eines massiven öffentlichen Zorns gegen sich fürchtet.

Diese Schwäche muss ausgenutzt werden, denn diese Regierung versteht nur etwas von Macht. Ran Erez, der Vorsitzende der Lehrergewerkschaft, weicht zynisch dem Kampf gegen die Lohnkürzungen aus und weigert sich, die heute streikenden Lehrer\*innen zu unterstützen. Schluss mit den Lohnkürzungen!

Die Lehrergewerkschaft muss sich gemeinsam mit allen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes dem Kampf anschließen und

## Besuch in St. Pantaleon –

ein Exkursionsbericht // **Helga Pennartz, Aktive Ruheständlerin**



Tod Otto II. schaffte sie es, sich gegen den etablierten Adel durchzusetzen und für ihren 3jährigen Sohn Otto III die Regentschaft des Reiches zu übernehmen. Ohne nennenswerte kriegerische Auseinandersetzungen bewahrte klug und geschickt die Einheit des Reiches.

Unterstützt wurde sie dabei von Erzbischof Bruno von Köln. Erzbischof Bruno, ein Bruder von Kaiser Heinrich II. und somit ein Schwager von Theophanu, war eine herausragende Figur des 11. Jahrhunderts und trug maßgeblich zur Stärkung der Kirche in Köln bei. Unter seiner Führung erlebte die Stadt eine Blütezeit, und er setzte sich für die Reformen innerhalb der Kirche ein. Seine Grabstätte befindet sich in der Krypta von St. Pantaleon und zeigt die enge Verflechtung von Kirche und Macht in dieser Zeit.

Die Kirche selbst beeindruckt durch ihre romanische Architektur, die sich in den massiven Mauern, den Rundbögen und den kunstvollen Kapitellen widerspiegelt. Besonders zu hervorheben ist der spätgotische Lettner aus dem Jahr 1502 – er war einst die Schranke zwischen dem klerikalen und nicht-klerikalen Kirchenbereich.

Sein reicher Figureschmuck wird zum Teil mit der Werkstatt des Meisters Tilman zu Köln – einer der wenigen belegten Schnitzer und Bildhauer des 15. Jahrhunderts – sowie mit Tilman Riemenschneider in Verbindung gebracht. Ab dem 17. Jahrhundert wird der Lettner als Bühne für die Orgel genutzt.

Die Kirche St. Pantaleon in Köln ist ein bedeutendes historisches Bauwerk, das nicht nur durch seine architektonische Schönheit, sondern auch durch seine reiche Geschichte besticht. Ein Besuch ist lohnenswert.

Nach rund vier Jahren Renovierung wurde die Kirche im Dezember 2024 wiedereröffnet. Umfangreiche Arbeiten an Mauern, Dach, Fenstern und im Innenraum waren notwendig geworden. Sie gehört zu den ältesten Kirchen der Stadt und hat eine zentrale Rolle in der religiösen und kulturellen Entwicklung Kölns gespielt.

Die Ursprünge von St. Pantaleon reichen bis ins 10. Jahrhundert zurück. Die Kirche wurde ursprünglich als Benediktinerkloster gegründet und ist dem heiligen Pantaleon gewidmet, einem christlichen Märtyrer, der als Schutzpatron der Ärzte verehrt wird. Im Laufe der Jahrhunderte erlebte die Kirche zahlreiche Veränderungen und Erweiterungen, die ihre historische Bedeutung unterstreichen.

Besonders bemerkenswert ist die Grabstätte der byzantinischen Prinzessin Theophanu, die in der Kirche St. Pantaleon beigesetzt ist. Theophanu, Nichte des byzantinischen Kaisers, gehört zu den faszinierenden Frauenpersönlichkeiten des Mittelalters. Sie war die Frau von Kaiser Otto II. und Mitkaiserin des römisch-deutschen Reichs. Nach dem



## Kölner GEW- Aktive Ruheständler\*innen ON TOUR – ein Besuch in Bonn

Es lohnt sich, den Alten Friedhof in Bonn, aber auch den Bundesrechnungshof zu besuchen. Bericht von einem interessanten Ausflug. // **Nanny Gatzten-Stadter, Ausschuss Aktive RuheständlerInnen**



Friedhof



Veranstaltungshalle

Freitreppe im Bundesrechnungshof



Mitte März versammelten sich – zu zwei sehr unterschiedlichen Anlässen – insgesamt 40 Kölner GEW-RuheständlerInnen in Bonn – zunächst aufgrund eines Tipps aus unserer Mitgliederrunde bei einer Historiker-Führung über den Alten Friedhof. Der Gastgeber zeigte uns diesen verwinkelten Ort mit vielen Schätzen früherer Jahrhunderte. Bei der Eröffnung vor mehr als 300 Jahren war dieser ein sumpfiges Gebiet hinter der ersten Stadtgrenze, wo sich diejenigen als Tote sammeln sollten, die nicht ‚angesehen‘ waren (Juden, Kranke, Arbeiter, Arme und Gelehrte, die (damals noch) keiner verstand. Verbunden mit einer kurzweiligen Führung zeigte er uns diesen idyllisch-malerischen Ort rund um eine Kapelle, die heute auch als Veranstaltungsort für Lesungen genutzt wird, mit altem Baumbestand, Krokuswiesen und Bänken für die kleine Pause zwischendurch, aber auch interessanten Gräbern von bekannten Universitätsprofessoren, von Maler- und SchriftstellerInnen sowie MusikerInnen-Ecken – heute wird für den Erhalt nach ‚Förderern‘ gesucht. Zu den bekanntesten Gräbern gehört sicherlich das Grab der Musikerin Clara Schumann.

Wenige Minuten vom Friedhof entfernt fanden wir am Rand der Bonner Innenstadt für unsere Pause bis zur nächsten Veranstaltung eine angenehme Restaurant-Atmosphäre vor. Zwischendurch verabschiedeten sich immer wieder einzelne Gäste, neue kamen dazu, die sich eigentlich auf den Nachmittag im Bundesrechnungshof ausgerichtet hatten. Zu diesem Versammlungsort lief dann die Gruppe zu Fuß – am Rhein entlang in der ersten Frühlingssonne.

Nachmittags – bemerkenswert zum Termin (18. März) der vehement diskutierten Bundestagsentscheidung zu neuen Regelungen der Sondervermögen – waren wir zu Gast beim Bundesrechnungshof in Bonn. Die Presseabteilung erläuterte uns ihre Rolle und Aufgabe sowie die Intensität der Rechnungsprüfungen, die von den fast 1.000 Personen – Hauptstandort ist seit ca. 25 Jahren im Gebäude des früheren Post-Ministeriums – bewältigt werden (vielfach sind Beispiele auf der Homepage veröffentlicht). Intensiv wurde diskutiert, wie deren Voten gefragt, wie deren Analyse-Aussagen abgesichert sind (Institution über Gesetzgebung zum Bundeshaushalt verankert, die öffentlichen Leitungspersonen sind – wie Richter – nicht weisungsgebunden). Aber ihre Rolle ist – auf Basis der Analyse –Beratung. Politik trifft Entscheidung zu Prioritäten, die WählerInnen sind dann wieder bei der nächsten Parlamentsentscheidung am Zug.

Nach einer ausführlichen Diskussion zeigten uns die Gastgeber das denkmalgeschützte Gebäude – wunderbar renoviert als ‚Haus der vielen Fenster im Innenhof‘ und in zentralen Sälen von Kantine, Bibliothek und Treppenhaus ist die Nachkriegs-Architekturgestaltung erhalten.

Für einen Besuch im Bundesrechnungshof werden wir im Frühjahr 2026 erneut um einen Termin bitten – leider konnten diesmal nicht alle Interessierten dabei sein.

# Älter werden mit und in der GEW? – Diskussion zu Altersbildern im GEW-Stadtverband Köln

Im Januar fand eine Veranstaltung zum Thema statt, bei der nicht nur diskutiert, sondern ein vielfältiges Programm erarbeitet wurde. // **Nanny Gatzten-Stadter – Ausschuss Aktive RuheständlerInnen** // Anm. d. Redaktion: Leider sind aufgrund des späteren Erscheinungsdatums des „forum“ einige Termine bereits verstrichen.

**Viele Mitglieder in Köln/RheinBerg sind (mehrere) Jahrzehnte in ihrer Berufstätigkeit verbunden mit gewerkschaftlichen Positionen und Aktionen – also gemeinsam älter werden ist selbstverständlich! Die Gewerkschaften sind klassisch Berufsvertretungen, was kann also Perspektive für Mitgliedschaft sein, wenn die verbindenden Fragen zu beruflichem Ethos und alltäglicher Arbeitsbedingung beendet sind?**

Mit welchen Altersbildern sind diese Mitglieder dann konfrontiert, wenn sie in Pension/Rente einsteigen – gesellschaftliche Vorstellungen suggerieren entspannte Zeit für ‚Sofa und Kreuzfahrt‘ – ist das (irgendwann) nicht langweilig? Senior\*innen heute leben länger, sind länger fit, wollen aktiv und beteiligt sein: Welche Rolle und Anregung kann bei Seniorenarbeit die GEW-Mitgliedschaft spielen? Manche GEW-ler treten sofort aus mit der letzten Gehaltsabrechnung (konkret mehr als ein Drittel) – für die anderen gilt bei uns in Köln schon länger:

**Schön, dass Ihr da seid! Was machen wir gemeinsam?**

Mit diesen Fragen hat sich der Bundesseniorenausschuss der GEW in 2024 beschäftigt und eine digitale Abfrage in allen Bundesländern im Sommer initiiert, die zu einem Organisationsentwicklungsprojekt werden soll – anlässlich der gebündelten Auswertung für NRW haben wir in Köln mit ‚erfahrenen‘ Kölner GEW-Mitgliedern diskutiert:

**Was meint Ihr dazu? Was wollen wir in Köln tun, gemeinsam und gewerkschaftlich verbunden?**

Bei einer Veranstaltung Ende Januar kamen GEW-Mitglieder in verschiedenen Lebens-Jahrgängen ab 65+ zusammen, auch zahlreiche ‚Einsteiger in die Ruhestandszeit‘. Schnell wurde deutlich, wie differenziert die Interessen sich ausgestalten – wissenschaftlich unterschieden zw. ‚Einsteigern‘ und ‚Hochaltrigen‘ (eher 80+), wie ein Input von Uschi Kellermann zu ‚Altersbildern?!‘ dazu die Diskus-

sion öffnete. Insbesondere von ‚Einsteigern‘ wurde die Anregung eingebracht, in der GEW mehr zum Übergang in die neue Lebenssituation anzubieten als (nur) eine Renten-/Pensionsberatung.

Also müssten auch die GEW-Angebote immer vielfältiger werden, um die Vielfalt der Senior-GEW-Mitglieder zu erreichen – alle Anwesenden betonten, dass sie sich weiterhin selbstverständlich politisch aufmerksam zu den ‚großen politischen Themen‘ einschalten (z.B. auf Demos zur Stärkung der Demokratie gehen etc.). Alle möchten gern ihre Erfahrungen zur Verfügung stellen, aber nicht einfach als ‚Weiter so‘ in den bisherigen Arbeitsfeldern tätig sein, nur jetzt halt für ‚Ehre‘. Sie möchten sich weiterhin mit GEW-Kolleg\*innen austauschen, jetzt aber auch zum Umgang mit den veränderten Lebens-/Alltagsverhältnissen – alles in offeneren Strukturen, damit die Verbindlichkeit mit dem Ruhestands-Alltag übereinstimmt.

Welche Vorschläge aus der Runde werden jetzt in Köln/RheinBerg in 2025 umgesetzt:

1. Seminar zum Übergangsmanagement 60+: GEW-Kolleg\*innen ab ca. 60 Jahre werden eingeladen, um die Vielfältigkeit des Veränderungsprozesses (nicht nur die Finanzen) beim Ausstieg aus der Berufstätigkeit zu bearbeiten (geplant im Stadtverband für Ende Mai)
2. Lockere Treffen im Stadtgarten für die ‚Ruhestands-Einsteiger‘ (auch ‚RentnerAzubis‘ genannt?) Thema: Wie geht’s Euch, welche Themen beschäftigen Euch? – geplant Mitte Juni und September
3. Mehr Informations-/Diskussionsangebote zum Senior-Lebensalltag in Köln – geplant ist:
  - Seniorenvertretung in Köln (Neuwahl in 2026) auf Stadtteil- wie auch Stadtebene:

**„Macht das Sinn und Spaß: Was tun diese Gremien, welche Erfahrungen gibt es?“ (Mitte Juni)**

- (sicherer) Umgang in digitaler Kommunikation – Nutzung von KI-gestützten Assistenten? Handhabung und Austausch mit einem Juristen/IT-Fachmann (Anfang Juli)

- Wohnprojekte in Köln (gemeinsames Wohnen in Mehrgenerationen-Umgebung) – welche Projekte gibt es, welche sind in Planung – wie können sich dabei Interessenten einschalten? (letzte Septemberwoche)
- Kontakte zu Künstlerinitiativen wie www.Raum13.com (‚nachhaltige Stadtentwicklung‘, konkret bei Aktionen ab Ende März anzutreffen und beteiligt an der ‚Mülheimer Nacht‘ am 5.4.25) – Austausch zu deren Erfahrungen und Künstleralltag
- Erneuter Kontakt zu ‚Grannies for Future‘ – wie entwickelt sich – trotz/mit allgemeiner politisch aktuellen Aufregern – die Resonanz bei Klima-Aktivitäten?

4. Natürlich sollten sich die GEW-ler auch weiterhin zu regelmäßigen Angeboten eines monatlichen Termins der GEW-Ruheständler\*innen mit ‚Kunst + Kultur‘ treffen können, die Orte und Anlässe gehen aktuell v.a. auf Tipps aus der Mitgliederrunde zurück.
5. Zusätzlich informierte die langjährig erfahrenere GEW-Kollegin Silke Weinberger-Brümmer die Runde noch zu einer neu initiierten Kooperation zwischen den Seniorengruppen der Kölner DGB-Gewerkschaften – und der Möglichkeit, insbesondere im Zeitraum der Kommunalwahl vielleicht damit einige Themen des Seniorenalltags gezielt in die Öffentlichkeit zu tragen.

Alle Angebote stehen für alle zur Verfügung – ein wesentlicher praktischer Gedanke des Austauschs zwischen den Senioren-Jahrgängen. Im Stadtverband wird die GEW-Homepage neugestaltet, so dass die breitgefächerte Arbeit der Aktiven RuheständlerInnen auch inhaltlich vorgestellt werden kann, Termine sind schon eingestellt. Grundsätzlich gilt: Aktive mit Ideen sind immer willkommen! Verabredet wurde, zur Jahreswende 25/26 nochmals ein derartiges Treffen ‚Rückblick + Ausblick beim Gestalten der Übergänge‘ zu planen, um dann auch wieder die GEW-bundesweit erörterten Konsequenzen einbeziehen zu können.

## Deine Ansprechpartner\*innen im Kreisverband Rhein-Berg

Gewerkschaft  
Erziehung und Wissenschaft  
Kreisverband  
Rhein-Berg

**GEW**  
NRW.

### Unser Leitungsteam



#### Beate Lattenkamp

Fachgruppe Grundschule, ÖPR Rhein-Berg  
beate.lattenkamp@gew-nrw.de

#### Angelika Paulat

Fachgruppe Grundschule, ÖPR Rhein-Berg  
angelika.paulat@gew-nrw.de

#### Claudia Vogt

ÖPR Rhein-Berg, Ansprechpartnerin für Förderschulkolleg\*innen mit dem Schwerpunkt Gemeinsamer Unterricht in der Grundschule  
claudia.vogt@gew-nrw.de



#### Mirjam Wirtz

Fachgruppe Grundschule  
ÖPR Rhein-Berg  
mirjam.wirtz@gew-nrw.de



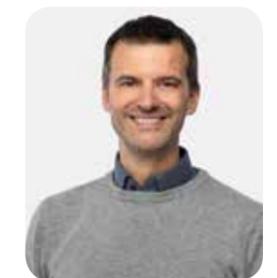
#### Susanne Lambertz

Fachgruppe Grundschule  
BPR Grundschule  
susanne.lambertz@gew-nrw.de



#### Sina Jäckle

Fachgruppe Grundschule  
ÖPR Rhein-Berg  
sina-vanessa.jaekle@gew-nrw.de



#### Florian Lambertz

Fachgruppe Grundschule  
florianlambertz@gmx.net



#### Canan Turhan

Sozialpädagogische Fachkraft  
in der Schuleingangsstufe  
canan.turhan@ggshand.nrw.schule



#### Michael Odinius

Fachgruppe Gymnasium  
BPR Gymnasien/WBKs  
michael.odinius@gew-nrw.de



#### Heribert Schmitt

Fachgruppe Gymnasium  
HPR Gymnasien/WBKs  
heribert.schmitt@gew-nrw.de



#### Jutta Polzius

Fachgruppe Sonderpäd. Berufe  
HPR Förderschulen/Kliniksulen  
jutta.polzius@gew-nrw.de



#### Helga Pennartz

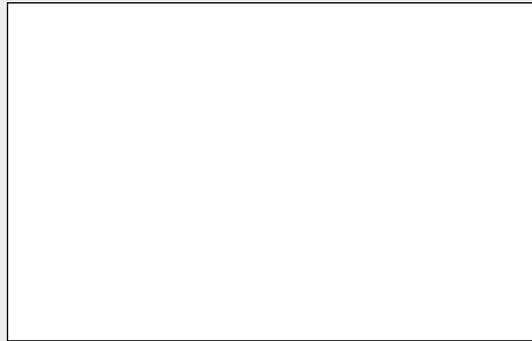
Ausschuss Aktive Senior\*innen  
helgapennartz@gmail.com

Wer seine Fachgruppe im Kreisverband Rhein-Berg nicht vertreten sieht, kann uns sehr gerne helfen jemanden zu finden, der sich für die Interessen und Besonderheiten der eigenen Schulform stark macht.

Interessierte Kolleginnen und Kollegen können sich gerne bei uns melden.

Wir für euch!





## // GESCHÄFTSSTELLE //

### **Einladung zur Mitgliederversammlung**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

hiermit laden wir euch herzlich ein zur

---

**Mitgliederversammlung der GEW Köln  
am 5. November 2025 von 17.30 Uhr – 20 Uhr im großen Saal  
des DGB-Hauses (Hans-Böckler-Platz 1, 50672 Köln, 1. Stock)**

---

Für einen Imbiss und Getränke ist gesorgt.

#### **Vorläufiger Vorschlag zur Tagesordnung:**

##### **TOP 1 Austausch & Berichte**

- a) Berichte aus den Fachgruppen (FG), Ausschüssen (AS), Arbeitskreisen (AK) und Arbeitsgruppen
- b) Sonstige Berichte

##### **TOP 2 TV-L Tarifrunde**

##### **TOP 3 Finanzen**

##### **TOP 4 Anträge**

- a) Anträge zu Satzung & Wahlordnung
- b) sonstige Anträge

##### **TOP 5 Verschiedenes**

**Anträge an die MV müssen bis zum 29. Oktober 2025 in der Geschäftsstelle eingegangen sein.** Fristgemäß eingereichte Anträge sowie eine aktualisierte Tagesordnung werden danach zeitnah auf der Webseite der GEW Köln veröffentlicht.

Herzliche GEWerschaftliche Grüße  
der Geschäftsführende Vorstand